Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 25 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brambach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Für's Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 9. Donnerstag, den 20. Januar 1910. 38. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Deutschland.

— **(Das Kaiserpaar beim französischen Botschafter.)** Das Kaiserpaar beabsichtigt, am 25. d. M., im Anschluß an die Eröffnung der aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers von der Akademie der Künste veranstalteten französischen Kunstausstellung einen Empfang beim französischen Botschafter beizuwohnen.

— **Der Prinzregent** von Bayern, der sich gegenwärtig im Berchtesgadener Jagdrevier aufhält, ist von neuem an einem Bronchialkatarrh erkrankt und sein Leibarzt Hofrat Angerer zu ihm berufen.

— **(Dementi.)** Die „Nordd. Allg. Ztg." bezeichnet die dem Staatssekretär Freiherrn von Schoen in den Mund gelegten Worte, daß die Reichstagsabgeordneten in der Mannesmann-Affäre der Regierung wie die jungen Hunde folgen würden, als böswillige Erfindung.

— **(Arbeitervertreter bei Ministern.)** Aus Siegen i. W. sind drei Arbeitervertreter nach Berlin gereist, wo sie von verschiedenen Ministern empfangen werden, um Wünsche der Siegerländer Arbeiter zur Sprache zu bringen.

— **(Die vierte Versetzung nach dem Werftprozeß.)** Den Versetzungen der drei Staatsanwälte, die im großen Kieler Werftprozeß die Anklage vertraten, ist noch die weitere Versetzung eines am Prozeß besonders beteiligten Beamten erfolgt: Der Abteilungsvorsteher in der Verwaltung der Kieler Reichswerft, Marineintendantursassessor Ferrichs erhielt seine Versetzung nach Wilhelmshaven.

— **(„Deutsche Fortschrittspartei".)** Der Zentralausschuß der Freisinnigen Volkspartei hat im Reichstagsgebäude getagt und sich nach eingehenden Referaten der Abgg. Wiemer und Müller-Meiningen einstimmig für den Zusammenschluß der drei linksliberalen Parteien ausgesprochen. Ein Vorschlag, die große liberale Partei „Deutsche Fortschrittspartei" zu nennen, fand Anklang. Der konstituierende Parteitag der neuen Partei wird am 6. März in Berlin stattfinden.

Ausland.

Amerika.

— **(Vom Maulesseltreiber zum Botschafter.)** Zu der Ernennung des St. Louiser Millionärs Richard C. Kerkens zum Botschafter in Wien wird der „Vossischen Zeitung" geschrieben: In den Vereinigten Staaten hat die Ernennung Kerkens nicht geringes Aufsehen erregt, weil sein Lebenslauf etwas ungewöhnlich ist. Wie aus Leavenworth in Kansas gemeldet wird, ist Kerkens ehemals im dortigen Fort als „mule whacker" (Maulesetreiber) beschäftigt gewesen. Später rückte er zum Hilfswagenaufseher auf. Von Leavenworth siedelte er nach Arkansas über und von dort nach St. Louis, wo er in Eisenbahnspekulationen den Grundstein zu seinem heutigen Vermögen legte. Kerkens ist immer ein eifriger Politiker gewesen und hat lange dem republikanischen Nationalkomitee angehört. Auf der Weltausstellung in Chicago war er Kommissar des Staates Missouri. Auch war er von 1892 bis 1900 einer der drei Vertreter der Vereinigten Staaten in der interkontinentalen Eisenbahnkommission. Im Jahre 1904 erhielt er die Laetare-Medaille der Notre-Dame-Universität. Er ist geborener Irländer und steht im 68. Lebensjahre.

Westfalen u. Rheinland.

Den Nachdruck der mit * versehenen Lokalartikel untersagen unsere Mitarbeiter unter allen Umständen.

Stadtverordneten-Sitzung.

* **Kamen,** 20. Jan. In der am Dienstag abgehaltenen Stadtverordnetensitzung erfolgte zunächst durch Herrn Bürgermeister v. Basse die Einführung des zum Ratsherrn wiedergewählten Herrn Bergrat Funcke in dieses sein Amt. — Hierauf hatte Versammlung Stellung zu nehmen zur

Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen

aus dem November und Dezember 1909, und die eingegangenen Wahlproteste zu prüfen. Es lagen zwei Wahlproteste gegen die Wahlen der dritten Abteilung vor. Der von sozialdemokratischer Seite ausgehende Protest stützt sich auf folgende Gründe: Je nach der Parteistellung der Wähler seien die nicht mehr hier wohnenden, aber in der Wählerliste noch eingetragenen Personen teils von der Wahl zurückgewiesen, teils zur Wahl zugelassen worden; bei einem nicht unerheblichen Teil der Wähler habe der Wahlvorstand die Reihenfolge der zu wählenden Personen eigenmächtig geändert; zeitweise habe die Leitung des Wahlgeschäftes nicht in den Händen des vom Magistrat hierfür bestimmten Vorsitzenden, sondern in denen eines Beisitzers gelegen; es sei unerlaubte Wahlbeeinflussung dadurch geübt worden, daß städtischen Beamten Entziehung der ihnen von der Zeche gewährten Vergünstigungen angedroht wurde. Der zweite Wahlprotest, von der Handwerker- und Beamtenpartei ausgehend, führt folgende Gründe auf: Der vom Magistrat bestellte Vorsitzende habe zeitweise geschlafen und sei zeitweise nicht anwesend gewesen, so daß der Wahlvorstand teilweise nicht vollzählig war; ferner sei eine Anzahl Wähler zurückgewiesen worden, weil sie ihre Listennummer nicht wußten; schließlich beruft sich dieser Protest ebenfalls auf die im sozialdemokratischen Protest bereits erwähnte unzulässige Wahlbeeinflussung gegenüber städtischen Beamten. Herr Bürgermeister v. Basse bezeichnet nach den von ihm vorgenommenen Erhebungen die in den Protesten enthaltenen Einwendungen als unerheblich und beantragt die Gültigkeitserklärung der Wahl. Hierfür tritt auch Herr Bohwinkel ein, welcher der Meinung ist, daß mit größter Vorsicht verfahren wurde. Schließlich wurden, nachdem noch die Herren Hußmann und Hofius sich ebenfalls dafür ausgesprochen hatten, die Wahlen der dritten Abteilung genehmigt, ebenso diejenigen der zweiten und ersten Abteilung, gegen welche Einwendungen überhaupt nicht erhoben worden sind. — Hierauf erfolgte die feierliche

Einführung der neu- bezw. wiedergewählten Stadtverordneten.

Es waren dies die Herren Heidemann und Frieling für die erste, die Herren Schenkmann und Koepe für die zweite und die Herren Vogel, Haberer und Storkebaum für die dritte Abteilung. Herr Bürgermeister v. Basse machte die Herren auf ihre in der Städteordnung niedergelegten Pflichten und Rechte aufmerksam und beeidigte sie durch Handschlag. — Nunmehr ging Versammlung zur Erledigung der erforderlichen

Wahlen

über, wobei gewählt wurden: zum Stadtverordnetenvorsteher Herr Betriebsinspektor Hußmann, zu dessen Stellvertreter Herr Betriebsführer Hohendahl; in die Grabenschaukommission die Herren Lifmann und Koepe; in die Baukommission die Herren Hofius und Hohendahl aus dem Stadtverordnetenkollegium, sowie die Herren Mosch, Abel und Fiene aus der Bürgerschaft, in die Etatsvorberatungskommission die Herren Lenzmann und Hußmann; in die Kommission zur Prüfung der städtischen Kassen die Herren Hußmann, Storkebaum, Frieling, Vogel, Hofius und Lifmann. Bei der Wahl der Baukommission fragte Herr Hofius, welchen Zweck diese Kommission eigentlich habe, da sie zu nichts hinzugezogen werde; so sei der Anbau an die evangelische Schule und der Neubau der katholischen Schule ausgeführt worden, ohne daß die Baukommission damit befaßt wurde. Wie Herr Bürgermeister v. Basse hierauf erwidert, wird die Baukommission in diesem Jahre viel zu tun bekommen, da eine neue Bauordnung ausgearbeitet werden müsse. Herr Hofius weist noch darauf hin, daß, wenn man die Kommission gefragt hätte, die katholische Schule höher gebaut worden wäre. Auch Herr Hußmann hält es für richtiger, daß der Baukommission die städtischen Bauprojekte vorgelegt würden; dadurch könnten in der Stadtverordnetensitzung die Kommissionsmitglieder Referate erstatten. — Bezüglich der

Ersatzwahl

für den in der ersten Abteilung gewählten, aber von hier verzogenen Herrn Betriebsführer Berger beschloß die Versammlung, die Wahl sofort vornehmen zu lassen. — Von der Regierung sind die

Jahrmärkte im Jahre 1911

anders festgesetzt worden; doch beschließt Versammlung, den langjährig althergebrachten Gebrauch bestehen und die Jahrmärkte wie bisher an den vorletzten Donnerstagen im April und Oktober stattfinden zu lassen. — Der

Etat des Eichamtes

für die Jahre 1910—12 wird mit jährlich 830 Mark in Einnahme und Ausgabe genehmigt. Von den Einnahmen erhält der Eichmeister 75% als Gebühren, während als Ueberschuß 97,50 Mk. in die Stadtkasse fließen sollen. — Gegen die

Erhöhung des Schulgeldes

für Schüler des Realprogymnasiums von 120 Mark auf 150 Mk. für Einheimische und von 140 Mk. auf 180 Mk. für Auswärtige hat Versammlung nichts einzuwenden; ebenso nicht gegen die Erhöhung des Schulgeldes für die höhere Mädchenschule, das von 100 Mk. auf 120 Mk. für einheimische Schülerinnen und von 110 Mk. auf 140 Mk. für auswärtige Schülerinnen erhöht werden soll. Die Vorlagen wurden damit begründet, daß die Nachbarstädte sämtlich mit einer Erhöhung des Schulgeldes vorgegangen sind. Beim Realprogymnasium wird, wenn die Schülerzahl mindestens die gleiche wie bisher bleibt, eine Mehreinnahme von 2580 Mk. erzielt. Auf eine Anfrage aus der Mitte der Versammlung, wieviel ein Schüler des Realprogymnasiums der Stadt koste, verwies Herr Bürgermeister von Basse auf die demnächste Etatsberatung, bei welcher diese Zahlen mitgeteilt werden würden. — Eine längere Aussprache entstand über den

Lehrplan der höheren Mädchenschule,

wobei es sich besonders um die Entscheidung der Frage handelte, ob die Anstalt den Lehrplan der Unterstufe für eine zehnklassige höhere Mädchenschule oder aber einen völlig abgeschlossenen Lehrplan für vier Jahre annehmen solle. Der erstere verursacht größere finanzielle Opfer und würde die Unterstellung der Schule unter das Provinzial-Schulkollegium zur Folge haben. Bei Annahme des abgeschlossenen Lehrplanes zählt die Lehranstalt zu den „gehobenen" Schulen und wird der Schulabteilung der Königlichen Regierung zu Arnsberg unterstellt. In der Aussprache wünscht Herr Hofius, daß die Religionsstunde entweder als erste oder letzte in den Stundenplan eingefügt werde und zwar mit Rücksicht auf Andersgläubige; demgegenüber weist Herr Bürgermeister v. Basse darauf hin, die Ursache der bisherigen Festlegung der Religionsstunden sei in dem Umstande zu suchen, daß drei Lehrkräfte vier Klassen unterrichten; doch soll der Wunsch nach Möglichkeit Berücksichtigung finden. Die Versammlung genehmigt schließlich die Beibehaltung des abgeschlossenen vierjährigen Lehrplanes und stimmt der

Neubezeichnung der evangelischen Volksschulen

zu. Danach wird die bisherige Schule der größeren Kirchengemeinde die Bezeichnung „Wilhelmsschule" und die der kleineren die Bezeichnung „Auguste-Viktoria-Schule" erhalten. Durch diese Neubezeichnung soll auch äußerlich angetan werden, daß die frühere Trennung der evangelischen Volksschüler nach den beiden Kirchengemeinden in Wegfall gekommen ist. — Ueber die vom Magistrat vorgeschlagene

Beaufsichtigung der städtischen Gasanstalt

entspinnt sich eine kurze, aber auch interessante Aussprache. Der Magistrat schlägt vor, die Gasanstalt als städtisches Unternehmen beizubehalten und die Aufsicht über das Unternehmen dem Herrn Direktor Hannibal gegen eine Jahresentschädigung von 750 M. zu übertragen, wofür man den genannten Herrn auch gleichzeitig als Ratgeber für elektrische Angelegenheiten erhalte. Herr Lifmann empfiehlt die Uebertragung der Aufsicht an Herrn Rapp, während Herr Klein es für notwendig hält, daß der Schnapsgenuß innerhalb der Betriebsräume der Gasanstalt streng verboten wird. Herr Hohendahl wirft ebenfalls die Frage auf, ob es sich überhaupt lohnen wird, diese 750 M. auszugeben. Demgegenüber weist Herr Hofius auf den Umstand hin, daß doch Herr Hannibal für die in Aussicht genommene Entschädigung auch als Gutachter in elektrischen Fragen tätig sein soll, und sich dadurch diese Ausgabe mehr als bezahlt mache. Herr Bürgermeister v. Basse meint, daß durch diese Neueinrichtung dem Stadtbaumeister Gelegenheit gegeben werden solle, sich im Gasfach mehr auszubilden. Herr Lifmann sieht hierin keinen Vorteil für die Stadt, denn wenn sich der Stadtbaumeister auf Kosten der Stadt auch im Gasfach ausgebildet habe, dann gehe er laufen. Nachdem noch Herr Bohwinkel den Wunsch geäußert hatte, die Straßenlaternen möchten Sonntags bis 12 Uhr nachts brennen, wird der angeforderte Betrag mit 750 M. probeweise auf ein Jahr bewilligt. — In Sachen der

Abänderung der Hundesteuer-Ordnung

schlägt der Magistrat vor, die s. Zt. von den Stadtverordneten beschlossene Staffelung der Steuer nach der Zahl der Hunde infolge des für die Stadt ungünstigen finanziellen Ertrages wieder aufzuheben und den einheitlichen Satz von 10 M. pro Hund wieder einzuführen, wobei die übrigen Bestimmungen der Steuerordnung unverändert bleiben. Nach unwesentlicher Aussprache genehmigt die Versammlung die Magistratsvorlage und beschließt endlich noch, die beiden letzten Vorlagen betr. die Anstellungsverhältnisse der städtischen Beamten sowie die Aufbesserung von Gehältern in geheimer Sitzung zu verhandeln.

*

Kamen, 20. Jan. **(Verschiedenes.)** Wegen der **Platzkarten in den D-Zügen** läßt Minister von Breitenbach den nachfolgenden Erlaß an die Eisenbahndirektionen veröffentlichen: „Ich sehe mich veranlaßt, die Bestimmung im § 10, 8 der Personenbeförderungsvorschriften, wonach Reisenden, die sich bereits im Besitz von Platzkarten befinden, neue Karten im Zuge nicht zu verabfolgen sind, in Erinnerung zu bringen. Auch kann sowohl bei vorheriger Entnahme der Karten, als auch bei ihrer Ausstellung im Zuge für mehrere zusammenreisende Personen eine gemeinsame Platzkarte ausgefertigt werden, wenn nicht jeder einzelne eine Karte für sich wünscht. Die Zugbegleit- und Abfertigungsbeamten sind unter Aufhebung etwa erlassener, hiervon abweichender Bestimmungun mit Weisung zu versehen".

In der vorgestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurden die **gegen die Gültigkeit der letzten Stadtverordnetenwahl der 3. Abteilung** erhobenen Proteste vom Kollegium als unbegründet verworfen. (Siehe Bericht.) Die abgewiesenen Parteien wollen sich bei dieser Abweisung aber nicht beruhigen. Sie haben vielmehr beschlossen, **im Verwaltungsstreitverfahren die Wahlen anzufechten** und einen Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung ihrer Interessen zu betrauen.

Unter dem Vorsitze des Herrn Kreisschulinspektors Werner-Hamm fand hier Montag im Hotel Bergheim eine amtliche **Lehrerkonferenz** statt. Lehrer Wiesendahl aus Bergkamen hielt eine Lehrprobe über Längen- und Flächenmaße, Herr Lehrer Sauerland von hier hielt einen Vortrag über die Pflege des mündlichen Ausdrucks in der Schule. Zwei Damen meldeten sich zur Teilnahme am Turnkursus in Berlin.

Wie wir erfahren, hat sich der **Gewerkverein christlicher Bergarbeiter** in seiner letzthin abgehaltenen Vorstandssitzung mit der Erhebung eines Sonderbeitrages befaßt. Es wurde beschlossen, durch eine Urabstimmung für das Ruhrrevier die Mitglieder entscheiden zu lassen.

(Eine Zucht- und Dressuranstalt für Polizeihunde.) Die Regierung beabsichtigt, eine Zucht- und Dressuranstalt für Polizeihunde zu errichten. Infolge der günstigen Erfahrungen, welche in den letzten Jahren mit der Verwendung von Polizeihunden zur Aufdeckung von Verbrechen usw. gemacht worden sind, hat die Nachfrage nach solchen Hunden eine erhebliche Steigerung erfahren. Die Regierung hält es daher für notwendig, von Staats wegen zum Bau einer Zucht- und Dressuranstalt für Polizeihunde zu schreiten,, aus der sowohl die königlichen, wie die kommunalen Polizeiverwaltungen ihren Bedarf an guten, reinrassigen und zu Polizeidienstzwecken sich eignenden Hunden decken können. Die Kosten des Baues einer solchen Anstalt, welche auf forstfiskalischem Terrain in Grünheide bei Erkner errichtet werden soll, sind auf 27 000 M. veranschlagt.

Das dreijährige Töchterchen des Bergmanns Gerbach an der Lindenbergstraße fiel in einen Kübel mit kochender Wäschelauge, während die Mutter auf einen Augenblick abwesend war. Das Kind erlitt so schwere Verletzungen, daß es an den Folgen derselben nach kurzer Zeit starb.

)-(**Bergkamen,** 20. Jan. **Am hiesigen Standesamte** sind im Jahre 1909 zur Anmeldung gelangt: 261 Geburten, 89 Sterbefälle inkl. Totgeburten. Eheschließungen haben 41 stattgefunden.

Heeren-Werve, 20. Jan. **Der Landwirtschaftliche Lokalverein** Heeren-Werve hielt im Gasthof Kreuz seine Generalversammlung ab. Nach der nichts Außergewöhnliches bietenden erledigten Tagesordnung sprach Herr Schulze-Böing aus Kamen über phosphorsaures Ammoniak.

Hamm, 20. Jan. **(Volksversammlungen.)** Hier fanden am Sonntag, den 16. Januar, vier vom christlichen Gewerkschaftskartell einberufene öffentliche Volksversammlungen statt, die eine Besucherzahl von ca. 1500 aufzuweisen hatten. Die Versammlungen waren auf alle Stadtviertel verteilt, weil in zentraler Lage ein genügend großes Lokal nicht vorhanden war. In allen Versammlungen wurden Referate über den Zwangsarbeitsnachweis und die Sperre in der Metallindustrie Hamms erstattet. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme. Die heute vom christlichen Gewerkschaftskartell Hamm einberufene öffentliche Volksversammlung nimmt mit tiefster Entrüstung Kenntnis von den neuerdings bekannt gewordenen Auswüchsen auf dem Gebiete der einseitigen Zwangsarbeitsvermittelung der Arbeitgeberverbände. Versammlung befindet es außerordentlich bedauerlich, daß der Zechenverband trotz des Protestes und der Warnung aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung den einseitigen Unternehmerarbeitsnachweis eingeführt hat. Die Würfel sind gefallen und ist der Zechenverband für die eventl. Folgen dieses einseitigen Vorgehens allein verantwortlich. Versammlung hält vor wie nach an der Forderung, die Arbeitsvermittelung auf gesetzlichem Wege in paritätischer Weise zu regeln fest. Versammlung protestiert ganz entschieden gegen die in der Metallindustrie Hamms bestehende Sperre und fordert alle Arbeiter auf, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Denn nur die gewerkschaftliche Organisation ist in der Lage, alle Gefahren, welche der Arbeiterschaft aus Zwangsarbeitsnachweis-Sperren schwarze Listen drohen, wirksam zu begegnen. Eine ganze Anzahl trat den christlichen Gewerkschaften bei.

Dortmund, 18. Januar. **(Verschiedenes.)** Das Stadtverordnetenkollegium genehmigte die Verpflanzung des Sprößlings der altberühmten **Femlinde** und des seit 500 Jahren an der-

selben Stelle stehenden Freistuhles auf eine am Königswall zu errichtende bastionartig auszubauende Plattform und bewilligte die 20 000 M. betragenden Kosten. Linde und Freistuhl müssen dem Bahnhofsneubau weichen.

Sonntag abend wurde ins katholische Krankenhaus in Lünen ein Mann mit einer Schußwunde im Kopfe eingeliefert, der, ohne die Besinnung wieder erlangt zu haben, dort verstarb. Es stellte sich heraus, daß es sich um den Telegraphenassistenten Linde handelt, der sich nach einem Nachmittagsausflug nach Buddenberg, den er in Gemeinschaft mit mehreren Kollegen gemacht hatte, **den tödlichen Schuß** mit einem geliehenen Revolver beibrachte.

Das Schwurgericht verurteilte die 27jährige Dienstmagd Marianne Kosmalska aus Solingen wegen **Kindesmordes** zu 3 Jahren Zuchthaus.

Der kürzlich verhaftete Einbrecher Heinrich Schröder **entsprang**, als er nach Buer gebracht werden sollte, aus dem in voller Fahrt befindlichen Personenzug. Der Ausbrecher konnte noch nicht wieder eingefangen werden.

Gestern vormittag fiel der Lokomotivheizer A. Lünstroth auf dem hiesigen Rangierbahnhofe von der Maschine eines ausfahrenden Uebergabezuges und wurde **überfahren**; er war sofort tot.

In der Nähe des Fredenbaums wurde am Abend des 22. September der Wirtschaftskastellan Chesny durch einen Revolverschuß von dem Fabrikarbeiter Konrad Meier getötet, und der Gärtner Wienhöft durch einen weiteren Schuß am Arme verletzt. Chesny, der bereits am Boden lag, wurde dann noch durch den Bergmann Otto Schmidt, der sich in Begleitung des Meier befand, mit einem Stocke mißhandelt. Veranlassung hatten die Täter zu ihrem Vorgehen nicht. Sie wollen nur von Chesny und dessen Begleiter scharf angesehen worden sein. Meier ist ein gewalttätiger Mensch. Er steht noch wegen Mordversuchs an einem Polizeibeamten unter Anklage, und wird deshalb in der nächsten Schwurgerichtstagung abgeurteilt werden. Die **Geschworenen** sprachen die Angeklagten für schuldig und verurteilten Meier zu einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren und Schmidt zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis.

H **Lippstadt**, 19. Januar. **(Mißglückte Ballonlandung.)** Der Zivilingenieur Krüger aus Elberfeld landete mit seinem Privatballon in der Nähe von Lippstadt so unglücklich, daß er erheblich verletzt wurde. Nach dem Ziehen der Reißleine faßte ein Windstoß den 5 Meter über dem Erdboden befindlichen Ballon, sodaß er sich wieder in bedeutender Höhe erhob. Bei dem darauf folgenden heftigen Niedergehen wurde der Korb auf den Rand eines mit Wasser gefüllten Grabens gestoßen und die Insassen flogen mit gewaltigem Schwunge heraus. Während zwei von ihnen mit dem Schrecken davonkamen, wurde der Ingenieur Krüger bewußtlos aus dem Graben herausgezogen.

H **Dahlhausen**, 19. Jan. **(Selbstmord eines Apothekers.)** Der in der hiesigen Apotheke beschäftigte Apotheker Philipp Thomas, aus Köln gebürtig, hat sich vergiftet. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

(?) **Bochum**, 18. Jan. **(Liebestragödie.)** In einem Hause an der Viktoriastraße hat sich Montag vormittag gegen 9 Uhr ein furchtbares Liebesdrama abgespielt. Ein in dem Vogel-Importhaus der Firma Kersken, Viktoriastraße 12, als Filialleiterin beschäftigtes Fräulein Krieger verkehrte mit dem Knappschaftsbeamten Fischer schon seit längerer Zeit und wollte ihm im Frühjahr die Hand zum Ehebunde reichen. Als Montag früh um 8 Uhr andere junge Mädchen, die im Hause tätig sind, Fräulein Krieger trafen, fiel ihnen das bekümmerte Wesen der Filialleiterin auf. Fräulein Krieger erzählte, in der Morgenfrühe sei ihr Bräutigam da gewesen in der ausgesprochenen Absicht, seinem Leben gewaltsam ein Ende zu machen. Er sei zwar wieder weggegangen; doch sage ihr eine Ahnung, daß etwas Schlimmes bevorstehe; sie fürchte sehr um ihr Leben. In ihrer Angst begab sich Fräulein Krieger in ihr Schlafzimmer, in der Hoffnung, dort vor ihrem Bräutigam sicher zu sein. Kurz vor 9 Uhr stürmte Fischer dann ganz verstört und sehr aufgeregt abermals ins Haus, lief ohne Gruß an den erschrockenen Mädchen vorüber und drang in das Zimmer der Filialleiterin ein. Man hörte eine erregte Unterhaltung. Plötzlich nach etwa zehn Minuten, knallte ein Schuß, dem ein gellender Aufschrei aus weiblicher Kehle folgte. Fräulein Krieger war von dem rasenden jungen Manne durch einen Schuß in die Brust niedergestreckt worden. Vorher hatte Fischer die Tür des Zimmers hinter sich verschlossen, um vor Überrumpelungen sicher zu sein. Der zweite Schuß, den der Täter auf sich selbst abfeuerte, wirkte fast unmittelbar tödlich. Als man in das Zimmer eindrang, fand man Fischer als Leiche und seine Braut schwer verletzt in ihrem Blute liegend. Nach allem, was man über die traurige Affäre hört, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Fischer die grausige Tat aus Eifersucht verübt hat. Das zu Tode verletzte junge Mädchen ist die Tochter achtbarer Eltern und aus Linden an der Ruhr gebürtig.

(?) **Bochum**, 19. Jan. **(Das Eifersuchtsdrama.)** Wie sich jetzt herausstellt, ist die Ursache der von dem Knappschaftsassistenten Fischer verübten Tat auf Eifersucht, sowie darauf zurückzuführen, daß die Eltern des Fischer gegen die Verbindung mit der Verkäuferin Krieger waren. Fischer war am Sonntag mit seiner Braut in Langendreer gewesen und hatte sie seinen Eltern vorgestellt. Abends hatte er sich von ihr verabschiedet, war dann aber noch einmal in die Wohnung des Mädchens zurückgekommen und soll bei dieser Gelegenheit die Anwesenheit eines anderen Mannes bemerkt haben. Er wurde von einer rasenden Wut gepackt und faßte den Vorsatz, zuerst das Mädchen und dann sich aus der Welt zu schaffen. Wie die Verwaltung des Elisabeth-Hospitals auf Anfrage mitteilt, ist der Zustand des verletzten Mädchens verhältnismäßig befriedigend.

(?) **Bochum**, 18. Jan. **(Kindesmordversuch.)** In einem Hause auf der Roßstraße versuchte Sonntag abend ein Dienstmädchen ihr neugeborenes Kind zu töten, indem sie es in das Klosett warf. Der von Nachbarn herbeigerufenen Feuerwehr gelang es, das Kind hervorzuholen. Die Wiederbelebungsversuche, die durch einen Arzt angestellt wurden, glückten.

(?) **Bochum**, 19. Jan. **(Eine Bestie in Menschengestalt.)** Das Schwurgericht hatte sich gestern mit einem Fall bestialischer Roheit zu beschäftigen, wie er auch in unserem Industriebezirk mit seiner Konfluenz aller möglichen und nicht immer einwandfreien Bevölkerungselemente erfreulicherweise doch zu den Seltenheiten gehört. Auf der Anklagebank saß der Bergarbeiter Josef Schulte aus Recklinghausen, der sich wegen Körperverletzung mit Todeserfolg zu verantworten hatte. Ueber die Sache ist erst noch vor kurzem in den Blättern berichtet worden. Schulte hatte am 27. November v. Js. den aus Solingen stammenden auf der Wanderschaft befindlichen Schuhmachergesellen Eich, einen Mann von 40 Jahren, auf der Landstraße getroffen, ihn auf eine Zechenhalde geschleppt und durch Schläge mit einer eisernen Kaffeepulle ihm die Hirnschale zertrümmert. Eich ist infolge der furchtbaren Verletzungen gestorben. Einem Knaben, der dem scheußlichen Verbrechen zugesehen, hatte Schulte gedroht, wenn er etwas verrate, werde es ihm ebenso ergehen, wie dem Schuhmacher. Bei der Verlesung der Personalien in der gestrigen Sitzung stellte es sich heraus, daß man es in dem Angeklagten mit einem arg heruntergekommenen und sehr häufig vorbestraften Subjekt zu tun hatte. Die Beweisaufnahme war nur von kurzer Dauer. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf Schuldig unter Ausscheidung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte in anbetracht der ungemeinen Bestialität, die Schulte bei Ausübung des Verbrechens an den Tag gelegt hat, sowie mit Rücksicht auf seine Vorstrafen die höchstzulässige Strafe von fünfzehn Jahren Zuchthaus. Der Verteidiger verzichtete auf die Stellung von Anträgen, und das Gericht verkündete das Urteil im Sinne des staatsanwaltschaftlichen Antrages.

H **Recklinghausen**, 18. Jan. **(Explosion einer Lokomotive.)** Auf dem Bahnhof zu Recklinghausen explodierte eine Lokomotive. Der Führer der Maschine wurde getötet, der Heizer tödlich verbrannt.

** **Essen**, 18. Jan. **Wegen Totschlags** hatte sich der Installateur Georg Fabry aus Essen vor dem Schwurgericht zu verantworten. In der Nacht zum 5. Dezember 1908 versuchte der Angeklagte mit zwei nicht ermittelten Angehörigen einer Diebesbande bei dem Kaufmann Fräsemeyer in Borbeck einzubrechen. Sie wurden aber durch die Wachsamkeit des Fräsemeyerschen Hundes gestört. Als sie nach Essen zurückkehren wollten, trafen sie mit den Bergleuten Freienstein, Ernst, Hermann und Johann Kleinebrahm, sowie dem Bergmann Josef Beutgen zusammen, die gerade aus der Wirtschaft Philipsenburg kamen. Kaum hatten Beutgen und seine Begleiter einige Schritte zurückgelegt, als plötzlich aus der sich entfernenden Gruppe heraus der Ruf erscholl: „Nun man drupp!" Zugleich blieb der Angeklagte stehen und feuerte einen Schuß, dem kurz darauf ein zweiter folgte. Einer der Schüsse traf den Beutgen in den Unterleib. Man schaffte den Verletzten ins Krankenhaus, wo er am Abend desselben Tages an den Schußverletzungen starb. Der Angeklagte bestreitet die Tat, und sucht sein Alibi nachzuweisen, doch vergeblich. Die Verhandlung, zu der mehr als 30 Zeugen erschienen waren, zog sich bis in die elfte Abendstunde hin. Der Angeklagte wurde des Totschlags für schuldig befunden und zu 15 Jahren Zuchthaus, einschließlich einer anderweit gegen ihn erkannten Zuchthausstrafe von 5 Jahren, verurteilt. Daneben wurden ihm die Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren aberkannt.

** **Essen**, 19. Jan. **(Schweres Unglück.)** Hier wurden von einem durchgehenden Fuhrwerk zwei Personen lebensgefährlich verletzt. Gestern morgen gegen 11 Uhr scheute auf der Steelerstraße das Pferd des Metzgermeisters Herwig aus der Steelerstraße und ging mit dem Fuhrwerk durch. In der Nähe des Steelertores rannte das Pferd gegen einen Bordstein, der Wagen schlug um, und der auf dem Bocke sitzende Kutscher Zimmermann wurde auf das Pflaster geschleudert. Er erlitt nur leichte Verletzungen. Das Pferd, das infolge des Sturzes des Wagens frei wurde, lief die Steelerstraße hinab und rannte hierbei die Bergleute Christian Schmeilus und Albert Vilaim um. Beide erlitten lebensgefährliche Verletzungen, ersterer einen Schädelbruch. Sie wurden sofort in das Huyssenstift gebracht.

H **Essen**, 19. Jan. **(Ein Unglück kommt selten allein.)** Im Martinswerk IV der Firma Krupp wurde bei Reparaturarbeiten an der elektrischen Leitung versehentlich der Strom für eine noch in Reparatur befindliche Strecke, an welcher der Schlosser Wallrich arbeitete, eingeschaltet. Wallrich wurde sofort getötet. Als die zur Untersuchung des Unfalles herbeigeholte Polizeibehörde beim Herabsteigen eine Betondecke betreten wollte, brach diese ein. Drei Personen, darunter ein Schutzmann und ein Heilgehilfe, stürzten etwa 4½ m in die Tiefe und wurden schwer verletzt.

** **Solingen**, 19. Jan. **Drei Kölner Einbrecher**, die in der Samstag-Nacht in der Umgebung Solingens tätig waren, wurden Sonntag früh, als sie mit ihrer Beute mit dem ersten Zuge nach Köln zurückfahren wollten, von einem Polizeibeamten gestellt. Dem Beamten fiel es auf, daß die Leute einen schweren Koffer trugen. Zwei von ihnen entkamen. Dagegen gelang es dem Beamten, den dritten Einbrecher festzunehmen. Die Beute der Einbrecher, die sich in dem Koffer befand, bestand in geschlachtetem Kleinvieh. Etwa 20 Hühner und Kaninchen hatten sie an verschiedenen Stellen gestohlen und an Ort und Stelle direkt getötet.

H **Duisburg**, 19. Januar. **(Ermordung eines Bergmanns.)** Der Bergmann Johann Pöhler in Schmidthorst, der sich mit Frau und Tochter sowie dem Bergmann Memmel auf dem Heimwege befand, wurde von zwei Männern überfallen. Er erhielt einen Stich in die Halsschlagader, der ihn sofort tötete. Memmel wurde durch einen Stich in die Brust schwer verletzt. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Duisburg, 19. Jan. **Eine schwere Gasexplosion** ereignete sich Montag nachmittag im Betriebe der Firma Bechem und Keetman. Im Fabrikraum geriet der Inhalt eines Benzinbehälters in Flammen. Der Behälter explodierte und überschüttete mit seinem brennenden Inhalt den Werkmeister Lütkehaus. Ein Schlosser konnte sich retten. L. erlitt schwere Brandwunden, die seine Aufnahme ins Krankenhaus nötig machten.

** **Düsseldorf**, 18. Jan. **(Brandstifterin verurteilt.)** Das Schwurgericht verurteilte die 60 Jahre alte Ehefrau des Ackerers Johann Kromen in Hilden, die in der Nacht zum 28. Sept. ihr Wohnhaus in Brand steckte, zu drei Jahren Zuchthaus. Die Frau hatte die Brandstiftung verübt, um 4730 M. Versicherungsgelder zu erlangen. Wegen wissentlichen Meineids ist die Frau bereits mit 3½ Jahren Zuchthaus vorbestraft. Der Brand richtete nur geringen Schaden an.

** **Köln**, 18. Jan. **Ein Erzschwindler** hatte sich vor der Strafkammer wegen großer Betrügereien zu verantworten. Es handelt sich um den etwa 24 Jahre alten Sohn des Kaufmanns Biergans, Inhaber eines großen Konfektionsgeschäftes am Alten Markt. Dem jungen Biergans wurde zur Last gelegt, zwei Kaufleute um 3500 M. bezw. um 14 000 M. betrogen zu haben. Ferner fälschte er einen Wechsel über 14 500 M. durch Mißbrauch der Unterschrift seines Vaters. Für das Geld verschaffte sich der junge Mann ein Automobil und machte damit eine Tour nach Italien. In Lugano erlitt das Auto starke Beschädigungen. Biergans ließ das Auto einfach in dem Zustande in Lugano, von wo es sich der eigentliche Besitzer kommen lassen mußte. Biergans lebte immer auf großem Fuße. Mit seinen Eltern geriet er in Unfrieden, obwohl diese seine ganzen Schulden bezahlen. Schließlich wurde er entmündigt. B. gab die Betrügereien ohne weiteres zu. Das Gericht verurteilte ihn zu 4 Monaten Gefängnis, wovon 3 Monate Untersuchungshaft angerechnet wurden.

H **Frankfurt** (Main), 18. Jan. **(Ein Kuppelquartier ausgehoben.)** In der Böhmerstraße wurde von der Sittenpolizei ein Kuppelquartier ausgehoben. Man fand 6 verheiratete Frauen, einige Mädchen und zwei verheiratete Männer. Teilweise hatten sich die se im Wandschrank versteckt. Es wurde Beweismaterial aufgefunden, das immer weitere Kreise aus den niederen und höheren Ständen in die Sache verwickelt.

H **Frankfurt** (Main), 18. Jan. **(Razzia gegen 175er.)** Anfang Januar machte ein Armenpfleger hier der Polizei Mitteilung von Personen, die sich gegen § 175 vergangen haben. Es wurden Festnahmen vorgenommen und eine Menge Beweismaterial aufgefunden. Hauptsächlich kommt ein Photograph namens Richard Zeisig in Betracht. Bei diesem wurde umfangreiches Beweismaterial über den homosexuellen Verkehr gefunden. In seinen Notizbüchern fanden sich Adressen von Männern aus allen Ständen aus München, Berlin, Dresden, Würzburg und der Schweiz und eine große Anzahl Frankfurter Adressen.

W **Trier**, 18. Jan. **(Bootsunglück.)** Bei Echternachbrück stieß ein mit 5 Personen besetzter Nachen um. Drei Personen wurden gerettet, die beiden anderen ertranken.

Aus aller Welt.

— **Der Fürst von Schaumburg-Lippe** soll nach der „Mil.-pol. Korr." für mehrere Millionen einen großen Länderkomplex in Argentinien angekauft haben. Schon in nächster Zeit gehe ein Bückeburger Beamter hinüber, um die Verwaltung zu übernehmen. Weiter wird darauf hingewiesen, daß der Fürst einen bedeutenden Teil seiner ungarischen Besitzungen verkauft habe und wegen Verkaufs der übrigen in Verhandlungen stehe.

— **Der Prozeß gegen den Grafen Zeppelin.** In der Schadenersatzklage des Mechanikers Böhler gegen den Grafen Zeppelin hat die Zivilkammer in Stuttgart die Beweiserhebung über die von den Parteien aufgestellten Behauptungen beschlossen. Die als Sachverständigen geladenen Majore Parseval, Sperling und Groß sollen am 2. und 3. März vernommen werden.

*

Ein Nachspiel zum Eulenburgprozess.

Eine Gerichtsverhandlung, die an dem langsam eingeschlafenen Eulenburg-Prozeß erinnert, fand vor dem Schöffengericht in München statt. Angeklagt war einer der Hauptzeugen, in jenem Sensationsprozeß, der bekannte Milchhändler Georg Riedel, auf dessen Aussage in dem bekannten Prozeß gegen einen Redakteur der sozialdemokratischen „Münchener Post" der Stein gegen den Fürsten ins Rollen kam. Riedel hatte sich wegen groben Unfugs und Beamtenbeleidigung zu verantworten. Im September vor. Jahres befand er sich in einer Kneipe in der Altstadt und erzählte den staunenden Zuhörern, von seinen Beziehungen zu dem vornehmen Herrn. Als er sich aber zu sehr auf Einzelheiten einließ und sich sogar der Beziehungen zu dem Fürsten Eulenburg rühmte, verloren die Zuhörer die Geduld und sie verbaten sich seine ärgerniserregenden Reden. Riedel ließ sich aber nicht einschüchtern, sodaß der Wirt und die Gäste ihn mit Gewalt an die frische Luft fördern mußten. Riedel hatte die Frechheit, sich nach dem Hinauswurf sofort auf die nächste Polizeiwache zu begeben und um polizeilichen Schutz zu ersuchen. Als man seinem Ansuchen nicht in der von ihm gewünschten Form nachkam, wurde er grob und stieß Beleidigungen gegen einen Polizeibeamten aus. — Zu der Verhandlung hatte er es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Der Gerichtshof beschloß daher, ihm zu einem späteren Termin zwangsweise vorführen zu lassen.

*

— **Ein Fall von schwarzen Pocken in Berlin.** Der Pockenverdacht, unter welchem der Arzt Dr. Hans Schindler am Sonntag in die Charitee eingeliefert wurde, hat sich nach den amtlichen Ermittelungen bestätigt. Bei dem Arzt sind die schwarzen Pocken festgestellt worden. Anscheinend ist Dr. Schindler in Italien einer Ansteckung zum Opfer gefallen.

— **Selbstmord** wegen eines Verlustes von 5400 Mark. Vor einigen Tagen verlor der Rentier Zschiesche aus Dessau auf einem Spaziergang von Raguhn nach Dessau seine Brieftasche mit 5400 Mark. Er hatte seinen Mantel über den Arm gehängt, so daß die Tasche herausgefallen war. Trotz vieler Bemühungen erlangte er sein Geld nicht wieder. Untröstlich über den Verlust erhängte er sich an einem Baume des Weges, auf dem er sein Eigentum verloren hatte.

— **Verhaftung eines Mädchenhändlers.** Die Antwerpener Polizei verhaftete im Hotel Avenue ein Individuum, welches unter dem Namen Stein abgestiegen war und welches den Mädchenhandel betrieb. Der Verhaftete schickte sich eben an, ein junges Mädchen aus Elberfeld, dessen Name noch nicht festgestellt ist, nach den Vereinigten Staaten einzuschiffen. Die Plätze auf dem Dampfboot waren bereits bestellt. Das junge Mädchen wird durch Vermittlung des deutschen Konsuls in ihre Heimat geschafft werden.

— **Unglücksfall eines Grafen beim Brunnenbau.** In Deutsch-Südwestafrika ist beim Brunnenbau der 24jährige Graf von Moltke aus Wilhelmshaven tödlich verunglückt.

— **Kapuzinerpater Auracher**, der aus dem Orden ausgetretene beliebte Kanzelredner Münchens, hat sich in England mit einer Tochter des verstorbenen Regierungsrates Schmidt verheiratet. Von allernächster verwandtschaftlicher Seite der jetzigen Frau Auracher ist die Vermählung bestätigt worden.

— **Ein Automobil verunglückt.** Im Hafen von Antwerpen ist ein größerer hölzerner Rahmen, der ein Automobil enthielt, als er mit einem Krahn in den Schiffsraum eingeladen werden sollte, auf die Brücke des deutschen Dampfers „Schönfeld" gefallen. Hierbei wurde ein Arbeiter getötet.

— **Ein Herzog als Falschmünzer.** In Lapeza bei Guadix (Provinz Granada) wurde in einem Landhause, das dem spanischen Herzog Benavente gehört, eine Falschmünzerwerkstätte entdeckt. Die Behörde hatte infolge der Ehescheidungsklage der Herzogin eine Haussuchung vorgenommen. Der Herzog, der in Madrid weilte, wurde verhaftet. Aus bei ihm beschlagnahmten Schriftstücken scheint hervorzugehen, daß angesehene Politiker in das „Geschäft" verwickelt sind. In Madrid ruft die Affäre ungeheueres Aufsehen hervor.

— **Geständnis nach sechs Jahren.** Vor sechs Jahren wurde im Walde von Brzezkowitz der Förster Siegmund bei einem Zusammenstoß mit Wilddieben erschossen. Unter dem Verdacht der Täterschaft war bald darauf der Ziegelarbeiter Urbanek verhaftet worden, er mußte aber wieder entlassen werden, da ihm die Tat nicht nachgewiesen werden konnte. Jetzt hat Urbanek, von Gewissensbissen geplagt, Anzeige erstattet, daß er tatsächlich den Förster erschossen habe. Er wurde verhaftet.

— **Gutsbesitzer und Räuberhauptmann.** Die „Köln. Ztg." meldet aus Görlitz: Als Haupt einer Diebesbande, die seit Monaten Görlitz und Umgegend durch freche Einbrüche und Diebstähle unsicher machten, wurde ein wohlhabender Gutsbesitzer in Ebersbach verhaftet. Sein Helfer und Mitschuldiger ist ein Metallarbeiter in Görlitz. Auch dieser wurde verhaftet.

— **Unter brennender Kohlenschlacke verschüttet.** Die Arbeiterin Frassek sammelte auf der Kohlenhalde der Königsgrube Kohlenreste. Grubenarbeiter, die von der Frau keine Ahnung hatten, schütteten von oben Wagen mit brennender Kohlenschlacke aus. Die Schlacken begruben die Frau, welche elend verbrannte. Die verbrannten Leichenteile fand man unter den Schlacken.

— **Duellwütige Studentinnen.** Infolge des beängstigenden Gedränges im Zuschauerraum des Schwurgerichtssaales in Kalau, kam es zwischen zwei Studentinnen der Medizin zu einem überaus heftigen Wortwechsel in dessen Verlauf die beiden ihre Karten wechselten um ihren „Ehrenhandel" mit der Waffe auszutragen, ob mit Säbel oder Pistole steht noch nicht fest.

— **(Die Erbschaft König Leopolds.)** Die „Gazette" veröffentlicht in einem fast eine Spalte umfassenden Artikel die Statuten der vom König Leopold errichteten Aktiengesellschaft zu Füllbach in Koburg, aus denen hervorgeht, daß der König am Tage vor seinem Tode dieser Gründung alles überwiesen hat, was er an Mobiliar, Wagen, Gerätschaften und Habseligkeiten noch besaß. Dadurch wird sein Wunsch, seinen drei Töchtern so wenig wie möglich zu hinterlassen, offenbar. Die Gültigkeit dieser deutschen Gründung wird gerichtlich angefochten werden. Wie die persönlichen Verhältnisse der Prinzessin Luise von Belgien liegen, wird sie aus der Erbschaft kaum einen Centime erhalten. Etwa sechs Millionen verlangen ihre Gläubiger, und auch die verbleibenden zwei Millionen hat Prinz Philipp von Koburg bekanntlich wegen einer früheren Wechselschuld mit Beschlag belegen lassen. — Einer neueren Nachricht zufolge soll Prinz Philipp auf Drängen der Gräfin Lonyay seinen Anspruch auf die zwei Millionen zurückgezogen haben.

— **Königliches Arzthonorar.** Brüsseler Blättern zufolge ist das Honorar, welches der Arzt des Königs Leopold erhielt, 100 000 M.

— **Ein vollbesetzter Straßenbahnwagen** entgleiste in Tiflis infolge Versagens der Bremse und stürzte an einer steilen Böschung um. Bis abends wurden 7 Tote und 11 Schwerverletzte geborgen.

— **Erdbeben in Schweden.** In der Umgebung von Haparanda wurde in mehreren Dörfern ein ziemlich starkes Erdbeben in der Richtung Ost-West verspürt, das 30 Sekunden anhielt und von unterirdischem Getöse begleitet war.

— **Durch einen Polizeihund entdeckter Mörder.** In Schmölln in Oberfranken wurde der Bauerssohn Popp als der mutmaßliche Mörder einer Dienstmagd verhaftet. Der Bamberger Polizeihund „Lord", der die Witterung an einem blutbefleckten Strick aufgenommen hatte, suchte den Mörder unter 16 am Tatorte aufgestellten Personen heraus und verbellte ihn.

*

Aus Eifersucht.

Die Pariser Schauspielerin Dallemagne machte im November 1906 einen Mordversuch auf ihren früheren Geliebten, den ehemaligen Finanzminister Merlou, und später auch auf dessen neue Geliebte, die Frau Berge. Bei dem letzten Attentat verletzte sie die gänzlich unbeteiligte Frau Petel. Wegen dieser Tat steht Frau Dallemagne jetzt vor den Geschworenen. Ueber die Verhandlung berichtet der „Berl. L.-A.":

Frau Dallemagne stand vor den Geschworenen von Versailles unter der Anklage, Frau Petel durch einen Revolverschuß verletzt zu haben. Zugedacht war der Schuß einer Begleiterin der Madame Petel, einer Frau Berge. An letzterer wollte sich die Angeklagte rächen, weil Frau Dallemagne aus der Gunst des ehemaligen Finanzministers Merlou durch Frau Berge verdrängt worden war. Die sehr elegant gekleidete, noch nicht völlig verblühte Anaeklagte erzählte den Geschworenen vor

ihren Beziehungen zu dem seinerzeit von ihr angeschossenen Minister Merlou, der vor seinem Tode sich aber mit ihr ausgesöhnt habe. Der Minister sei nicht ohne Schuld gewesen. Die Familie Dallemagne habe durch Merlou ihr ganzes beträchtliches Vermögen eingebüßt. Die Mutter der Angeklagten sei aus Kränkung darüber gestorben. Bei dieser Stelle ihrer Aussage hört man Schluchzen auf der Geschworenenbank; einer der Geschworenen weint. Die Verhandlung wurde hier unterbrochen und später nicht zu Ende geführt.

*

— **Das neue lenkbare Luftschiff Englands,** das nach dem starren System in Farnborough erbaut ist, wird seine Flugversuche im Februar aufnehmen. Es wird mit einem Motor von 80 bis 100 Pferdestärken ausgestattet und zwei Propeller erhalten. Der Ballon hat nur 2400 Kubikmeter Inhalt und dürfte sich daher zur Mitnahme größerer Vorräte nicht eignen. Es sollen infolgedessen mehrere Vorratsstation errichtet werden.

— **Der berühmte italienische Bandit** Musolino, der vor einigen Jahren Süditalien durch seine Mordtaten und Einbrüche in Schrecken versetzte, und erst nach langer Mühe festgenommen wurde, ist jetzt im Gefängnis von Porte Longono wahnsinnig geworden. Seit sechs Jahren verbrachte Musolino seine Tage in einer niedrigen, engen Zelle. Es war ihm sogar verboten, mit sich zu sprechen oder zu singen, und er bekam auch seine Wächter niemals zu Gesicht. Musolino wird nach dem Irrenasyl von Montelupo gebracht werden.

— **Für 2⅓ Millionen Lire Eisenbahngüter abhanden gekommen.** Nachdem die italienische Eisenbahnverwaltung im verflossenen Jahre 2½ Millionen Lire Schadenersatz der im Bahnbetriebe abhanden gekommenen Güter gezahlt hat, hat nunmehr die Regierung außerordentliche Maßregeln verfügt, damit diesen Diebereien in den Bahnhöfen, in den Waggons der Güter- und Personenzüge und in den verschiedenen Güterschuppen ein Ende bereitet wird.

— **Ein Dampfer** der New-Zealand-Shipping-Company, der nach London bestimmt war, lief bei der Ausfahrt aus dem Hafen von Auckland auf den Grund. Das Schiff und die Ladung wurden schwer beschädigt. Die Bergungsarbeiten wurden eingeleitet.

*

„Ich werde es meinem Papa sagen!"

Es ist bereits des öfteren berichtet worden, daß es in den Kreisen der amerikanischen Gesellschaft Mode geworden ist, sich der streikenden Arbeiterinnen anzunehmen. Diesem Beispiele folgt jetzt auch — so wird aus New York telegraphiert — das kleine Fräulein Taft, die eine Hochschule in Philadelphia besucht. Die junge Dame, die erst nächstes Jahr ihr Debüt in der Gesellschaft machen wird, wohnte einer Versammlung der streikenden Blusenmacherinnen bei, und was sie da von den Gepflogenheiten der Fabrikanten in der „Stadt der Bruderliebe" hörte, erfüllte ihr junges Herz mit gerechter Entrüstung. Als die anwesenden Berichterstatter erfuhren, daß die Tochter des Präsidenten zugegen war, wurde sie natürlich um ein Interview bestürmt. „Ich werde es meinem Papa sagen," rief die junge Dame in großer Erregung, „daß man Frauen so schlecht behandelt wie diese Blusenschneiderinnen in Philadelphia. Ich werde nie wieder eine Bluse anlegen können, ohne zu schaudern. Die armen Dinger! Da müssen sie auf die Nadeln acht geben, die tausendmal die Minute vor ihren Augen auf und ab blitzen. Tausendmal die Minute, hat die Rednerin konstatiert, aber warten Sie nur, ich werde es schon meinem Papa sagen. Ich fahre jetzt direkt nach Washington."

*

— **Zurückweisung der Beschwerde eines Millionärs.** Der höchste Gerichtshof der Vereinigten Staaten von Nordamerika verwarf vorgestern die Beschwerde des Millionärs John Walsh gegen die über ihn verhängte Strafe von 5 Jahren Gefängnis, weil er eine Chikagoer Bank um eine Million Dollars betrog. Das Vermögen Walshs wird auf 15 Millionen Dollars geschätzt.

Neueste Nachrichten

W = Wolff's Bureau. H = Hirsch's Bureau.
Z = Privattelegramm.

Der Reichstag

nahm am Mittwoch nach kurzer Debatte den Handelsvertrag mit Bolivien in erster und zweiter Lesung an. Hierauf wurde die freisinnige Interpellation über die Anwendung des Reichsvereinsgesetzes zur Beratung gestellt. In einer Rede begründete Abg. Dr. Müller-Meiningen die Interpellation, deren jährliche Erneuerung notwendig sei, damit der Reichstag ununterbrochen die Kontrolle über die Handhabung des Vereinsgesetzes durchführe. Der Redner führte eine Reihe von Fällen an, in denen das Vereinsgesetz zweifellos nicht in dem Geiste gehandhabt worden ist, in dem es beschlossen und verabschiedet wurde. Namentlich tadelte Dr. Müller den Gebrauch, der von dem Sprachenparagraph gemacht werde, und wies auf den krassen Gegensatz hin, der zwischen den wiederholten Erklärungen der Regierung über die beabsichtigte humane Handhabung des Vereinsgesetzes und der tatsächlichen Durchführung der Bestimmungen in der Praxis bestehe. Schließlich betonte der Redner, daß seine Partei nach wie vor das neue Vereinsgesetz für einen politischen Fortschritt halte, sich aber umsomehr für verpflichtet erachte, über die loyale Ausführung zu wachen. Staatssekretär Dr. Delbrück erwiderte, daß er sich nicht auf die Besprechung einzelner Fälle, die ihm vielfach amtlich nicht bekannt seien, einlassen könne. Er berief sich auf die Erklärungen seines Amtsvorgängers, des jetzigen Reichskanzlers, daß die verbündeten Regierungen eine durchaus loyale Handhabung des Reichsvereinsgesetzes wünschen; auf demselben Standpunkt stehe auch er, und er sei fest überzeugt, daß die Beschwerden immer geringer werden müssen, je mehr das neue Vereinsgesetz sich einlebe. Aus dem Hause heraus fanden die Beschwerden des freisinnigen Interpellanten Unterstützung durch den nationalliberalen Abg. Dr. Hieber, und den Sozialdemokraten Brey. Der Zentrumsabg. Gröber brachte einige Fälle von Vexationen gegenüber der polnisch redenden Bevölkerung vor und verteidigte das Verhalten des Bischofs Fritzen gegenüber der katholischen Lehrerschaft.

6 Bergleute unter Gesteinsmassen begraben.

W **Gelsenkirchen,** 19. Januar. **In dem Schacht 5 der Zeche Holland wurden heute nacht 11 Uhr 6 Bergleute verschüttet. Die Verunglückten wurden mit mauern beschäftigt und hatten vom Schachttiefsten etwa 40 Meter unter der Tiefbausohle bereits 8 Meter gemauert, sodaß bis zum Anschluß an die vorhandene Schachtmauer nur noch 10 Meter anzumauern blieb, als vom nördlichen Schachtstoß eine Steinwand hereinbrach. Die Bergleute konnten sich hierbei anscheinend nicht mehr retten. Die sofort energisch aufgenommenen Rettungsversuche lassen hoffen, die Verunglückten lebend herauszubringen.**

Gelsenkirchen, 20. Jan. **Die Aufräumungsarbeiten** auf Zeche „Holland", die von zwei Stellen aus geleitet werden, hatten gestern bis in die späten Abendstunden noch kein endgültiges Resultat gezeitigt. Da die Erdmassen immer wieder nachrutschten, so ist auch kaum anzunehmen, daß man in den nächsten Stunden auf die Verschütteten stoßen wird. Man hört von den Unglücklichen noch Lebenszeichen. Gegen Abend gewann es den Anschein, als wenn die Zeichen nur noch von einem der Verschütteten herkämen, doch läßt sich nichts Bestimmtes sagen. Man befürchtet hauptsächlich, daß die Verschütteten ersticken.

Schwerer Unglücksfall durch Gasausströmung.

W **Duisburg,** 19. Jan. Durch Einatmen giftiger Gase wurden auf dem Martinswerk der „Friedrich-Alfred-Hütte" in einem Hause vier Arbeiter betäubt. Sie stürzten aus einer Höhe von 4 Metern ab. Während drei schwere Verletzungen erlitten, blieb der vierte tot am Platze liegen.

Verhafteter Millionenschwindler.

H **Hamburg,** 19. Jan. Auf Requisition des Hamburger Untersuchungsrichters beim Landgericht II ist gestern in Schöneberg der Kaufmann Bintz verhaftet worden. Er wird beschuldigt, eine Hamburger Großfirma um 1½ Millionen betrogen zu haben. Der Verhaftete war bis vor zwei Jahren in Oldesloe Inhaber einer Fleischkonservenfabrik, in der verdorbene Ware wieder umgekocht wurde. B. ist verheiratet und Vater mehrerer Kinder; er stammt aus einer angesehenen Hamburger Gelehrtenfamilie.

Folgenschwere Explosion.

H **Weimar,** 19. Jan. In der Fabrik für Signale für Eisenbahnen, Militär und Marine von Gustav Senthe in Hetschburg fand eine schwere Explosion statt. Das Unglück ereignete sich in einem Schuppen, der zur Verglühung von Brennstoffen dient. Der Explosion sind drei Personen zum Opfer gefallen. Die Leichen zweier Mädchen sind bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Außerdem ist eine große Anzahl Personen verletzt worden. Eins der verwundeten Mädchen soll die Explosion durch Unvorsichtigkeit verschuldet haben. Der Betrieb der Fabrik ist vollständig lahm gelegt. Der Schaden beziffert sich nach Schätzungen auf etwa 10 000 Mark.

Die Folgen der letzten Stürme.

H **Kopenhagen.** 18. Jan. Außer zwei Leichen, die in den beiden letzten Tagen an der Westküste von Jütland ans Land geschwemmt wurden, sind zwei weitere Leichen bei Thorsminde angetrieben worden. Die Toten sind sämtlich schrecklich verstümmelt; einer Leiche fehlte der Kopf, einer andern die Beine. Tausende von Schiffsplanken, Petroleumtonnen, Kisten und sonstigen Frachtstücken bedecken den Strand und täglich werden neue Trümmer an die Küste getrieben. Jeder Tag bringt neue Unglücksbotschaften. Die Küstenbewohner erklären, daß sich während des letzten Menschenalters nicht so viele Schiffsunfälle ereignet haben wie bei dem letzten Sturm.

Die Mordchronik der Pariser Apachen.

H **Paris,** 19. Jan. Die Mordchronik der Pariser Apachen, denen die Pariser Polizei nicht Herr zu werden vermag, ist gestern wieder um einen Fall bereichert worden. In dem von den Apachen schwer heimgesuchten Montmartreviertel wurde am Nachmittag wiederum ein Schutzmann das Opfer der Gewalttat eines jugendlichen Apachen. Die Kellnerin eines Restaurants des Boulevards Clichy verständigte den Schutzmann Thomas, daß in der Wirtsstube der Besitzer durch einen 19jährigen Strolch mit dem Tode bedroht werde. Thomas wollte den Burschen fassen, erhielt aber von ihm in demselben Augenblick einen tiefen Messerstich. Die Verhaftung des Verbrechers gelang nach großen Schwierigkeiten. Das Publikum wollte den Burschen lynchen.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 20. Jan. **Der Verein zur Versicherung von Schweinen** hielt am vergangenen Sonntag im Saale des Rendanten Herrn Biermann die erste diesjährige Generalversammlung ab. Dieselbe wurde vom 1. Vorsitzenden Herrn Friedr. Böckmann eröffnet. Als Punkt 1 der Tagesordnung beauftragte der Vorsitzende den Rendanten, den Jahresbericht pro 1909 vorzutragen. Im Anschluß hieran wurden die Protokolle der Vorstandssitzungen zur Kenntnis der Versammlung gebracht, ebenso die Rechnungslage, und stellte sich die Einnahme und Ausgabe auf 4425,59 M. Als 3. Punkt stand die Wahl von 5 Vorstandsmitgliedern an; es wurde der bisherige Vorsitzende Herr Friedrich Böckmann wiedergewählt, zu Taxatoren wurden für den 1. Bezirk (Osten) Herr W. Brumberg, 2. Bezirk (Süden) Herr H. Betzler, 3. Bezirk (Westen) Herr Friedr. Mecklenbräuker, 4. Bezirk (Norden) Herr Heinrich Budde wiedergewählt. Darauf wurde zur Wahl von 2 Revisoren geschritten. Auf vorherigen Vorschlag wurden die Herren Friedrich Kleiböhmer und Heinrich Wortmann gewählt. Unter Punkt 5, Verschiedenes, wurde beschlossen, die versicherten Schweine gegen die Rotlaufseuche impfen zu lassen. Es wurden noch verschiedene Angelegenheiten zur Sprache gebracht und sodann die Versammlung vom Vorsitzenden mit dem Wunsche auf ferneres Gedeihen des Vereins geschlossen.

!? **Overberge,** 20. Jan. **Der Schützen-Verein Overberge,** hielt am Sonntag den 16. Jan., nachmittags 4½ Uhr, im Vereinslokale seine diesjährige Generalversammlung ab. Nachdem der Vereinsvorsitzende die Erschienen begrüßt hatte, stimmten die Anwesenden in das ausgebrachte Kaiserhoch begeistert ein. Dann wurde die Zahlung der Beiträge vorgenommen. Nach Aufnahme von 3 neuen Mitgliedern erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Der Verein zählt jetzt 152 Mitglieder; der Kassenbestand beträgt 435 Mk., welcher in der Amtssparkasse in Pelkum hinterlegt sind. Dem Kassierer wurde dann Entlastung erteilt. Die sodann vorgenommene Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl der ausscheidenden Herren. Durch die anwesenden Mitglieder und den Brandmeister der Freiwilligen Feuerwehr zu Overberge wurde beschlossen, gemeinschaftlich am 30. Januar eine Kaisersgeburtstagsfeier im Vereinslokale des Wirts H. Klose durch Theater und Ball zu veranstalten.

Verantw. Redakteur: Fr. Meyer in Kamen.

Kavallerie-Verein Kamen.

Der Verein begeht seine diesjährige

Kaisers-Geburtstags-Feier

am **Samstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr,** durch

Konzert, Theater und Ball

im Vereinslokale Hausemann.

Nichtmitglieder können durch Mitglieder eingeführt werden gegen 1 Mk. Eintrittsgeld.

Es ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

96

Junge Leute

bis zu 40 Jahren, erhalten nach 4 monat. Ausbildung durch staatlich geprüfte Lehrer **Beamtenstellen** auf Gütern, Rittergütern u. Domänen nachgewiesen. Für Verwalter- und Inspektoren-Stellen wird landwirtschaftliche Praxis verlangt, dagegen eignen sich für die landwirtschaftl. Rechnungsführer-, Buchhalter- und Rentei-stellen Personen m. gut. Handschrift, Bürobeamte etc. Erforderlich sind für Schulgeld, Lehrmittel, Kost und Logis etc. ca. 500 Mark. Gesunde aussichtsv. Carriere. Wintersem 1907/08 üb. 100 Schüler. Pension i. Internat. Prospekt gegen 20 Pfg. in Marken. **Landwirtschaftliches Technikum Münster i. W.**

86

Verdingung.

Das alte evangelische 4-klassige Schulgebäude soll **auf Abbruch** verkauft werden. Die Bedingungen hierzu liegen im Stadtbauamt zur Einsicht aus. Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum **Sonnabend, den 22. Januar, vormittags 11 Uhr,** an das Stadtbauamt einzureichen, woselbst zu dieser Zeit die Eröffnung der Angebote in Gegenwart der etwa erschienenen Bewerber stattfinden wird.

Kamen, den 18. Januar 1910.

Stadtbauamt.

87

Holzverkauf Heil.

Herr Lippmann in Heil läßt **am Mittwoch, d. 26. d. M., morgens 10 Uhr,** an der Kreisstraße Oberaden-Heil, in der Nähe der Wirtschaft Brüggemann

80 Nummern schönes, langes Tannen- und Eichen-Durchforstungsholz zu Gerüsthirholz, Frechtungen, Gerüsthebel, Bohnenstangen und Brennholz

öffentlich nummerweise gegen Kredit verkaufen.

Heil.

Brüggemann, Aukt.

92

Holz-Verkauf.

Aus den Forsten von Haus Reck werden **Montag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr,** im Kobbeloh versteigert:

54 Eichenstämme, 14—20 Centimeter stark,
50 Buchenstämme, 20—40 Centimeter stark,
33 Haufen Astknüppel und Reiser.

Gegen ½12 **Uhr** in Kamerheide:

38 Haufen Eichen-Frechtungspfähle,
10 Nrn. nicht aufgearbeitete Reiser.

93

Dachziegel.

Erstklass. rhein. Dachziegelwerk sucht für hiesige Gegend tüchtigen

Vertreter.

Offert. H. M. 1910 an die Geschäftsst. d. Bl. 84

Versicherung

gegen

Wasserleitungs-Schäden

übernimmt gegen mäßige Prämien und unter günstigen Bedingungen die

Aachener u. Münchener Feuer-Vers.-Ges.

Nähere Auskunft durch die

Agentur Fr. Meyer-Kamen, Westfstr. 54a.

Grosse **Geldgewinnziehung.**

In ganz Deutschland durch Reichsgesetz erlaubt

3 Gewinne	à M.	320000
1 Gewinn	à M.	255000
1 Gewinn	à M.	240000
2 Gewinne	à M.	160000 usw.

Insgesamt 41 627 Gewinne im Gesamtbetrage von **8 Millionen 368190 M.**

Ziehungslisten sofort nach Erscheinen.

Nächste Ziehung am 1. Febr. 1910

1/1 Beteiligung **6** M.
1/2 Beteiligung **3** M.

versendet gegen Nachnahme oder Einsendung des Betrages.

Hamburg 6.
Heinr. Christian Prüss,
Bankgeschäft.
83 703



HANSA

Backpulver

bleibt unerreicht.

Nährmittel-Fabrik „Hansa" Hamburg.

Für 50 „Hansa"-Düten erhalten Sie eine Dose ff. Kakes gratis.

1282

Unser Lokal ist anderweitig vermietet

und müssen wir unter allen Umständen bis März unsere Läger vollständig geräumt haben. Wir haben, um dieses zu erreichen, die Preise nochmals bedeutend heruntergesetzt und liegt es in jedermanns Interesse, die letzten Wochen unseres

Total-Ausverkaufs

noch auszunutzen und so viel als möglich zu den fabelhaft billigen Preisen zu erstehen. 95

Diese Woche besondere Auslage.

Herren-Anzüge

Serie I	M. 9.75	früherer Preis bis	22,50
Serie II	M. 13.50	„ „ bis	28,—
Serie III	M. 18.75	„ „ bis	39,—
Serie IV	M. 22.50	„ „ bis	46,—

Burschen-Anzüge

Serie I	M. 6.50	früherer Preis bis	13,—
Serie II	M. 9.75	„ „ bis	20,—
Serie III	M. 13.50	„ „ bis	27,—

Konfirmanden-Anzüge

Serie I	M. 9.50	frühere Preise bis das Doppelte
Serie II	M. 12.50	
Serie III	M. 16.50	

Die Restbestände in **Knaben, Burschen** und **Herren-Paletots** zu jedem annehmbaren Preise.

Damen-Konfektion

Englische Paletots	Serie I M.	**3.75**
Staubpaletots	Serie I M.	**3.75**
Englische Paletots	Serie II M.	**7.50**
Schwarze Tuch- u. Corkscrew-Jackettes	M.	**7.50**
Restbestände Jackenkleider	M.	**7.50**
Englische Paletots	Serie III M.	**11.50**
Schwarze Paletots u. Hänger	Serie III M.	**11.50**

Die besten schwarzen

Tuch-Paletots u. Hänger u. elegante engl. Paletots

M. **16.50 22.50 28.00**

Die Preise sämtlicher Damen-Konfektionsteile waren früher bis zum vierfachen der heutigen Preise.

Blusen, Costumeröcke zu jedem annehmbaren Preise.

Gebrüder Kaufmann, Kamen.

Turn- Verein „Kaiserkrone“
KAMEN.

Sonntag, den 23. d. M., nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokale

General-Versammlung.

Tages-Ordnung wird im Vereinslokale bekannt gemacht.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Nachdem: **Freibier.**

Anschließend:

Geburtstagsfeier Sr. Majestät des Kaisers.

Die passiven Mitglieder werden mit ihren Damen hierzu besonders eingeladen. 90

Jüngeres

Dienstmädchen

auf sofort gesucht. 94

Näh. in der Geschäftsst. d. Z.

Bekanntmachung.

Die **Kaisers-Geburtagsfeier** findet am **Donnerstag, den 27. ds. Mts.** in bisher üblicher Weise in hiesiger Stadt durch Konzert auf dem Marktplatz um 11½ Uhr und durch ein Festessen um 6 Uhr im Hotel zum König von Preußen statt.

Diejenigen, welchen die Liste zur Teilnahme an dem Essen nicht vorgelegt sein sollte, werden gebeten, sich in obigem Hotel bei Herrn Bergheim zu melden.

Kamen, den 15. Januar 1910.

Der Fest-Ausschuß: v. Basse, Bürgermeister.

Anmeldung neuer Fernsprechanschlüsse.

Damit die Vorbereitungen für die erste diesjährige Erweiterung des Ortsfernsprechnetzes in Kamen rechtzeitig in Angriff genommen werden können, ist es notwendig, daß neue Anschlüsse möglichst frühzeitig, spätestens aber bis zum **10. Februar,** bei dem Postamte in Kamen angemeldet werden.

Später angemeldete Anschlüsse können während des ersten Bauabschnitts nur dann hergestellt werden, wenn sich dies ohne Schwierigkeit im Zusammenhange mit den Bauarbeiten am Orte ermöglichen läßt, oder wenn die Interessenten die Mehrkosten tragen, die durch die gesonderte Herstellung der Anschlüsse entstehen, mindestens ist zu den erwachsenden Mehrkosten ein Betrag von 15 Mk. zu zahlen.

Die Bestimmungen für die Benutzung der Fernsprechanschlüsse können bei dem oben genannten Amt eingesehen werden.

Kaiserliche Ober-Postdirektion Dortmund.

Königl. Maschinenbau- u. Hüttenschule in Duisburg.

Am **1. April 1910** werden neue Lehrkurse eröffnet:

1. **für Maschinenbau u. Elektrotechnik,** 2. **für Hüttenwesen, Giesserei und chem. Grossgewerbe.**

Schulgeld: Halbjährlich 30 Mk. h633

Aufnahmebedingung: 4 Jahre praktische Berufstätigkeit.

Programme werden kostenfrei zugesandt von der Direktion.

Suche baldigst in guter Geschäftslage von **Kamen** ein Gebäude evtl. mit Laden oder Platz betreffs Errichtung eines

photographischen Ateliers.

Schriftliche Angebote unter **A. Z. 50** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten. 91

Schulte-Oestrich & Hilgenstock Nachf.,

Inhaber: **Peter Gross.**

CAMEN, Nordenmauer 37

Baumaterialien-Handlung, Steinhauerei,

Lager in:

Flur- u. Wandplatten, Ton- u. Zementröhren, Treppenstufen, Krippen, Spül- und Schleifsteinen, Zement, Gips, Schwemmsteinen, feuerfesten Steinen etc.

Weiss- und Wasserkalk.

Ausführung von: **Marmor-, Terrazzo-, Zementbeton- u. Asphalt-Arbeiten** jeder Art.

Spezialität: **Grab-Denkmäler**

in Marmor, Syenit u. Sandstein. 202

Kisten jeder Art, größte bis kleinste Sorten, fertig und in Teilen, Massenartikel, Flaschenkasten, Trockenrahmen, Holzwolle etc. empfiehlt allerbilligst **C. J. Becker, Köln-Nippes,** Dampfsäge u. Kistenfabrik. m 430

Turn- Verein „Kaiserblume“
Westick.

Sonntag, den 23. Jan., nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokale

General-Versammlung.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht 89

Der Vorstand.

Otto Biermann
Markt.



Empfehle frisch u. echt

Münchener Spaten

und

Dortm. Union-Bräu.

Alleiniger Ausschank für Kamen u. Umgegend. i1479

Institut Bolz

Ilmenau i. Thür.

Einj.-, Fähnr.-, Abitur.-(Ex.)

Schnell, sicher. Pr. frei. h177

Druck u. Verlag von ... Ray in Hörde

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 30 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brambach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Für's Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 9. Donnerstag, den 20. Januar 1910. 38. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Weststraße 54a

befindet sich jetzt

die Geschäftsstelle der

Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen u. Umgegend.

Fernsprecher 166.

Eine Anzeigen-Annahme

der „Kamener Zeitung" befindet sich auch bei Herrn C. Holtmann

Bahnhofstraße 58

Fernspr. 133.

Reichstag.

Auf der Tagesordnung vom Dienstag stand zunächst die Interpellation der Sozialdemokraten betreffend den

Mansfelder Bergarbeiterstreik,

die Hinzuziehung von Militär und Verletzung von Reichsgesetzen durch Offiziere und Beamte, die nach Mansfeld beordert waren. — Staatssekretär Delbrück erklärte sich zur Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. **Sachse** (Soz.):

(in Begründung der Interpellation): Den Bergarbeitern im Mansfelder Revier ist stets das Koalitionsrecht verweigert worden; in Hunderten von Fällen wurden sie davongejagt, wenn sie sich trotzdem einer Organisation anschlossen. Unter den Gemaßregelten befanden sich solche, die 20, 30, ja 34 Jahre der Mansfelder Berggewerkschaft treu gedient hatten. Auch aus anderen Gründen war im Mansfelder Bergrevier Unzufriedenheit vorhanden. Die Arbeiter hatten sehr unter der künstlichen, verbrecherischen Teuerung zu leiden, zumal der Lohn gewaltig zurückgegangen war. Ferner hatten sich die Bergarbeiter über schlechte, unwürdige Behandlung und über die Mangelhaftigkeit der Krankenfürsorge zu beklagen. Alle Versuche der Arbeiter, den Streik zu vermeiden, waren vergeblich. Es ist nicht wahr, daß wir die Arbeiter verhetzt haben. Die musterhafte Ordnung und die Disziplin der Streikenden ist auch von bürgerlichen Zeitungen anerkannt worden, die den Streik selbst aufs schärfste verurteilt haben. Nichts hat die Heranziehung des Militärs irgendwie gerechtfertigt. Zusammenstöße mit Streikbrechern wurden durch Ordnungsmänner, die von der Streikleitung gestellt waren, ohne Flinte und Säbel verhindert. Weder Militär noch Maschinengewehre wären notwendig gewesen, selbst Soldaten und Offiziere hatten die Empfindung, daß sie eine lächerliche Rolle in dem friedlichen Lande spielten. Das Militär ist in provozierender und rücksichtsloser Weise vorgegangen. Angesichts der Haltung der Bevölkerung waren die dem Militär gegebenen Instruktionen widersinnig. Das Geld der Steuerzahler ist nicht dazu da, um solches Theater aufzuführen.

Staatssekretär **Delbrück:**

Das Militär wurde herbeigezogen, nachdem am 21. Oktober in Hettstedt eine nach Tausenden zählende Menge schwere Ausschreitungen verübt hatte, der gegenüber sich die wenigen Polizisten und Gendarmen als machtlos erwiesen. Es ist einwandfrei festgestellt, daß Arbeitswillige aus der Menge beleidigt und angespien und daß die Beamten an die Wand gedrückt wurden. Das Militär wurde aber nicht herangezogen, um die Bergarbeiter in ihrem Koalitionsrecht zu beschränken. Die Frage, ob bei Unruhen, die aus Anlaß eines Streiks drohen oder entstehen, militärische Hilfe zu rufen ist oder nicht, ist zu entscheiden unabhängig davon, welches die Ursache des Streiks gewesen ist. Doch ist der Reichskanzler der Ansicht, daß grundsätzlich die Polizeibehörden in die Lage versetzt werden sollten, ohne militärische Hilfe nach Möglichkeit ihre Pflicht, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, zu erfüllen. Auf die Vorwürfe, daß Militärpersonen bei Ausübung des polizeilichen Schutzes sich in Widerspruch mit reichsgesetzlichen Bestimmungen gesetzt haben, wird der Kriegsminister eingehen. Bezüglich der gegen Beamte erhobenen Vorwürfe muß ich feststellen, daß bisher Beschwerden dieser Art weder an den Minister noch an den Reichskanzler gelangt sind, so daß es an der Möglichkeit des Eingreifens fehlt. Ich werde jedoch das heute vorgetragene Material dem Minister mit der Bitte um Prüfung übermitteln. Die Erörterung der einzelnen Fälle ist vor den preußischen Landrat zu verweisen.

Kriegsminister **von Heeringen:**

Die gegen das Militär erhobenen Vorwürfe sind unbegründeter als je. Von den zuständigen Behörden ist die Anforderung ergangen, Truppen in das Gebiet zu schicken, weil die örtlichen Polizeibehörden zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht mehr genügten. Die Militärbehörden haben nicht das Recht, solche Anordnungen nachzuprüfen; das Militär ist vielmehr verpflichtet, an Ort und Stelle zu gehen und seine Pflicht und Schuldigkeit zu tun. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Die Lage im Streikgebiet war erheblich weniger harmlos, als sie der Vorredner schilderte. Wir hatten mehrfach gegen Volksansammlungen einzuschreiten und in sehr anstrengendem Dienst Ruhe und Ordnung durch Patrouillen und Wachen aufrecht zu halten, sowie die Arbeitswilligen zu schützen. Die Truppen sind besonnen und nicht provozierend vorgegangen, Beweis dafür ist, daß kein Zusammenstoß erfolgte und nur wenige Verhaftungen notwendig wurden. Alle Berichte stimmen darin überein, daß die Tätlichkeiten gegen die Arbeitswilligen mit dem Abzug der Truppen wieder begonnen hätten. Die sogenannten Ordnungsmänner übten ihr Amt in lautester provozierendster Weise in unmittelbarer Nähe der Truppen aus. (Lärm links.) Die Armee hat an solchem Dienst kein Vergnügen; sie weiß, daß ihr auf der Straße kein Lorbeer blüht. Wir haben besseres zu tun und uns vorzubereiten auf die Verteidigung des Vaterlandes. Aber wenn wir gerufen werden, werden wir da sein, um Ruhe und Ordnung unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. (Lebhaftes, mehrfach wiederholtes Bravo! Bewegung.)

Auf Antrag wurde in die Besprechung der Interpellation eingetreten.

Abg. Arendt (Rp.): Daß in Mansfeld kein Blut geflossen ist, danken wir der Polizei und dem rechtzeitigen Eingreifen des Militärs. Ohne dieses wäre sicher viel Blut geflossen. Sogar Mitglieder des Streikkomitees haben es ausgesprochen, daß es hohe Zeit war, daß das Militär kam, um schweres Unglück zu verhüten. Gerade der Abg. Sachse, der hier zwei Stunden lang Beschwerden vorgebracht hat, hat alles getan, um aufzureizen. Ein Einbruch in das Koalitionsrecht der Streikenden hat überhaupt nicht stattgefunden. Weiter stellt Redner in ausführlichen Darlegungen in Abrede, daß die Mißstände im Mansfelder Bergbau, bei der Gewerkschaft, derartige seien, wie Sachse sie geschildert hat. Wir sind, so schließt Redner, wahre Arbeiterfreunde, das wissen auch die Mansfelder Bergleute, die sich durch die sozialdemokratischen Verführer nicht beeinflussen lassen, sondern immer reichstreu bleiben. — Abg. Fleischer (Zentr.) weist die Vorwürfe des Abg. Sachse zurück, als ob im Mandsfeldschen die katholischen Bergleute Streikbrecherdienste geleistet. Tatsache ist — bemerkt Redner —, daß vielfach von den Streikenden in roher Weise brutal gegen Arbeitswillige vorgegangen wurde. — Abg. Pauli-Potsdam (kons.): Der Streik ist frivol vom Zaune gebrochen worden aus rein agitatorischen Gründen. Das ist gewissenlos. Ohne das Militär wäre es zum Blutvergießen gekommen. Die Staatsautorität stand auf dem Spiele. Das Militär hat sich durchaus taktvoll benommen. — Abg. Gothein (frs. Vgg.): So vollkommen bin ich von den Ausführungen am Bundesratstisch und denen der konservativen und Zentrumsredner doch nicht davon überzeugt worden, daß ein so großer Apparat in Szene gesetzt werden mußte. Wenn voraussichtlich schon Gendarmen genügen, sollte man von einem militärischen Aufgebot lieber absehen. Wir leiden überhaupt an einem Zuviel an Aufgebot staatlichen Schutzes. Daß man den kommandierenden Offizier bei dem Hüttendirektor einquartierte, also bei einem Manne, der Partei war, das war schon eine Taktlosigkeit! Die Ursache des Streiks lag bei den Arbeitgebern wegen deren Beeinträchtigung des Koalitionsrechtes der Arbeiter. Die Bergherren wollen eben keine organisierten Arbeiter. Wir werden jedenfalls stets dafür eintreten, daß die Rechte der Arbeiter auf Organisationen gewahrt werden. — Abg. Vogel (nat.): Die Unzufriedenheit im Mansfeldischen ist jedenfalls künstlich genährt worden. Und der Zielpunkt der Agitation war der neue Generaldirektor. — Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.): Wir beklagen nicht den Streik, aber den Streik zur Unzeit. Maschinengewehre sollten jedenfalls in Zukunft, wenn die Truppen einen Polizeidienst leisten müssen, zu Hause gelassen werden. — Abg. Kunert (Soz.) vertritt in längerer Rede nochmals den Standpunkt der Interpellation, und wendet sich insbesondere gegen die Ausführungen der Abgeordneten Fleischer und Behrens. — Damit schließt um acht Uhr die Debatte.

Abgeordnetenhaus.

Nachdem Präsident v. Kröcher am Dienstag die Ermächtigung erhalten hatte, dem Kaiser die Glückwünsche des Hauses zum Geburtstage zu übermitteln, dankte er für seine Wiederwahl als Präsident, um so mehr, als bekannt gewesen sei, daß er leider genötigt sein werde, während des größten Teil der Sitzungen abwesend zu sein.

Bei der Fortsetzung der ersten Etatslesung erklärte Abg. Dr. Pachnicke (frs. Vgg.): Daß der Ministerpräsident wieder nicht anwesend ist, ist unvereinbar mit dem Erfordernis der gegenwärtigen Lage. Einen Stellvertreter zu ernennen rate ich nicht, weil dadurch die Einheitlichkeit der Reichs- und Staatspolitik verloren geht. Wir billigen nicht, wenn Preußen in der Frage der Schiffahrtsabgaben einen Druck auf die Bundesstaaten ausübt. Unsere Schutzzollpolitik macht Schule in der ganzen Welt, und wir haben schließlich den Nachteil davon. Die Herrschaftsgelüste der katholischen Kirche über die Schule bekämpfen wir scharf. Was die Reform des Wahlrechts betrifft, so ist jede wertlos, welche nicht die geheime Wahl bringt. (Beifall links.) — Abg. v. Arnim-Züsedom (Kons.): Die Behauptung, daß zwischen den Konservativen und dem Zentrum eine Abmachung über die Wahlrechtsreform besteht, ist unrichtig. Wir sind der Meinung, daß der Einfluß der Kirche auf die Volksschule erhalten bleiben muß, und erwarten ferner, daß die preußische Disziplin unsere Beamtenschaft vor dem Gift der Sozialdemokratie bewahre. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. **Schmieding** (natlb.):

Ich muß zunächst die Behauptung des Herrn v. Arnim zurückweisen, daß meine Partei die Regierung aufgefordert hätte, gegen die Rechte wegen deren Haltung bei der Kanalvorlage energisch vorzugehen. Ich glaube der Versicherung des Ministers, daß bei der Besetzung der Beamtenstellen nur die Begabung entscheidet; aber auffällig bleibt es doch, daß der liebe Gott diese Begabung fast nur konservativen Männern zuteil werden läßt. (Heiterkeit.) Herr Herold hat uns vorgeworfen, wir hätten eigentlich dieselben Steuern bewilligen wollen, die wir jetzt verwerfen. (Zurufe rechts: Jawohl! Sehr richtig!) Wir wollten die Steuern bewilligen, die die Regierung verlangt. Das ist etwas ganz anderes. Im Mittelpunkt stand und steht übrigens die Erbschaftssteuer. Wir sind nicht wie das Zentrum aus einem Paulus zu einem Saulus geworden. Das Zentrum wollte ursprünglich die Erbschaftssteuer nicht, dann aber fiel es um. Wie kann es uns also Vorwürfe machen? Aus Gründen der Parteitaktik hat die Rechte die Finanzreform zum Scheitern gebracht. (Widerspruch.) Herr v. Hydebrand hat es ja selbst zugestanden, daß ihn seine Weltanschauung vom Liberalismus scheide. Die Finanzreform hätte von der Rechten nicht mit einer Partei gemacht werden sollen, die in nationalen Fragen mehrfach versagt hat. (Unruhe im Zentrum.) Zu der Brandrede des Herrn Herold lag gar keine Veranlassung vor. Der Kulturkampf soll aber wieder entfacht und die abtrünnig werdenden Massen sollen wieder zur Zentrumsfahne herangeholt werden. Wenn solche Angriffe erfolgen, ist es verständlich, daß der evangelische Bund die Angriffe auf den Protestantismus abzuwehren sucht. Ist es doch vorgekommen, daß die evangelische Ehe als ein Konkubinat hingestellt worden ist. Was hält denn überhaupt das Zentrum anders zusammen, als die Konfession? Wie steht es mit der nationalen Haltung des Zentrums? Man braucht nur nach dem Osten zu gehen, um zu sehen, wie das Zentrum mit den Polen zusammensteht. Auf demselben Blatt steht die Warnung der reichsländischen Lehrer vor dem allgemeinen deutschen Lehrerverein. Das Zentrum will den französierenden Einfluß des Klerus nicht gestört sehen. Wir wären längst mit den Polen fertig, wenn nicht das Zentrum sich immer wieder auf die Seite der Polen stellte. (Widerspruch im Zentrum, Beifall links.) Auch das Bündnis mit der Sozialdemokratie paßt zu dem nationalen Charakter des Zentrums. (Zuruf: Baden!) Das Vorgehen eines Teils unserer Parteigenossen in Baden ist von der Mehrheit der Partei mißbilligt worden. Die Vorwürfe des Zentrums, daß wir bei den Stadtverordnetenwahlen die Sozialdemokraten unterstützt hätten, klingen eigenartig. Wenn man selbst im Glashause sitzt, wie das Zentrum, soll man nicht mit Steinen werfen. In Süddeutschland ist das Verhältnis des Zentrums zur Sozialdemokratie sehr intim. Bei den Landtagswahlen z. B. in Dortmund hat das Zentrum offenkundig einen Pakt mit den Sozialdemokraten geschlossen, und die mit Hilfe der Sozialdemokraten gewählten Zentrumskandidaten mußten versprechen, für eine gerechte Einteilung der Wahlkreise einzutreten. (Hört, links.) Es ist eine Legende, wenn behauptet wird, daß die Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten bei den Stadtverordnetenwahlen in Dortmund einen Pakt geschlossen hätten. Bei den nächsten Reichstagswahlen wird das Zentrum die Entrüstung des Volkes fühlen. Was den sogenannten Ferrerrummel betrifft, so ist die Sache mit diesem Schlagwort nicht abgetan. Wenn auch Ferrer Anarchist war, so trägt doch das klerikale Regiment in Spanien die Schuld daran, daß solche verkommenen politischen Zustände dort herrschen, die den Ferrerrummel immer wieder von neuem hervorbringen. In Spanien ist die katholische Religion noch Staatsreligion. Selbst das Ministerium kann nichts gegen die Geistlichkeit durchsetzen. Der Protestantismus kann nicht einmal seinen Kultus ausüben. Das ist die Freiheit, die Sie (zum Zentrum) meinen, nach dem Rezept: wo wir das Regiment haben, verlangen wir Toleranz in eurem Sinne, wo wir die Macht haben, da unterdrücken wir euch nach unserem Sinne. (Lärm im Zentrum.) Wir müssen alles dagegen setzen, um uns davor zu bewahren, daß Zentrum und Konservative ihre Herrschaft in Preußen weiterführen. (Beifall links.)

Abg. Herold (Zentr.): Gegen die scharfe Kritik des Abg. Friedberg an der Finanzreform mußten wir uns verteidigen, der Kampf ging also von den Nationalliberalen aus. Den Fürsten Bülow zu stürzen, hatten wir nicht nötig, denn seit November 1908 waren seine Tage gezählt. Was die Polenfrage betrifft, so haben wir niemals das Großpolentum unterstützt, aber die Polen müssen das Recht auf ihre Muttersprache haben. Wir verlangen Freiheit für die Entwicklung der katholischen Religion, wie sie für die evangelische Kirche gilt, und wir hoffen, daß es zum konfessionellen Frieden kommen wird. (Lebhafter Beifall beim Zentrum.) — Abg. Friedberg (natl.): Unbestreitbar ist, daß der Abgeordnete Herold diese Kulturkampfdebatte heraufbeschworen hat. Was das Zentrum Freiheit der Kirche nennt, bedeutet in Wahrheit Unterdrückung unserer Schulen. Wir treten für eine richtige Abgrenzung zwischen Staat und Kirche ein. (Lebhfter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Die wesentlichsten Teile des Etats werden der Budgetkommission überwiesen; die erste Lesung des Etats ist hiermit beendet.

Preußische Wahlreformvorlage

Die preußische Wahlreformvorlage ist, wie Montag in den Wandelgängen des Abgeordnetenhauses erzählt wurde, fertig. Als Vater des Gesetzes wird, so schreibt das „B. T.", mit immer größerer Bestimmtheit der vortr. Rat im Ministerium des Innern, Geh. Oberregierungsrat von Falkenhayn, genannt, der bekanntlich seinerzeit der politische „Erzieher" des Kronprinzen war und im Geruch ultrareaktionärer Gesinnungen steht. Herr v. Falkenhayn soll denn auch bereits im Gespräch mit Parlamentariern selbst und ohne weiteres zugegeben haben, der Freisinn werde an der neuen Vorlage wenig Freude haben. Dagegen hoffe man, so teilt das Blatt weiter mit, in Regierungskreisen bestimmt, die Nationalliberalen für die Vorlage gewinnen zu können. Man erkläre, daß nach Abschaffung der indirekten Wahl und nach Einführung von Mehrstimmen für die Intellektuellen das Klassenwahlrecht ja nichts anderes mehr sei, als ein „nach Bildung und Besitz abgestuftes Pluralwahlrecht", also den nationalliberalen Forderungen entspreche! Die geheime Wahl aber werde von Herrn von Falkenhayn und seinen Leuten unter allen Umständen abgelehnt. — Die Wahlrechtsvorlage wird Ende Februar im Landtage erwartet.

Gefälschtes K. A.-C.-Telegramm

Ueber die mysteriöse Telegrammaffäre, infolge deren der Präsident des französischen Automobil-Klubs, Baron van Zuylen, dem Bankett des Kaiserlichen Automobil-Klubs fernblieb, teilt der Präsident des K. A. C., Graf Sierstorpff, der „Berl. Ztg." folgendes mit: „Der Klub hat das Nichterscheinen des Barons van Zuylen ebenso bedauert wie der Baron selbst. Was den Aufgeber der Depesche zu der Mystifikation veranlaßt haben kann, ist vorläufig nicht zu sagen. Es kann sich aber nicht um ein politisches Motiv handeln; denn Baron von Zuylen hatte sein Erscheinen nicht als Vorsitzender des französischen Klubs zugesagt, sondern als Präsident der „Federation International der anerkannten Klubs". Der hiesige Klub ist in seinem Ansehen durch das Fernbleiben des Präsidenten jedoch nicht geschädigt worden, denn ohne das gefälschte Telegramm wäre er hier gewesen, und die Absicht gilt in diesem Falle der Ausführung gleich. Seit Sonnabend sind natürlich in der Untersuchung zur Entlarvung des Fälschers noch keine Fortschritte gemacht worden. Wir haben auch noch nicht einmal das Originaltelegramm einsehen können, da den Beamten die Herausgabe ohne eine Verfügung der Staatsanwaltschaft nicht gestattet ist. Ich bin aber fest überzeugt, in wenigen Tagen werden wir den Fälscher kennen!"

Weiter wird aus Berlin gemeldet: Der Verdacht nach dem Absender des gefälschten Telegramms an den Baron van Zuylen hat sich nach einer ganz bestimmten Seite gerichtet, ohne daß bisher eine genauere Bestätigung erzielt werden konnte. Es handelt sich aller Wahrscheinlichkeit nach um einen Akt persönlicher Ränke. Auf keinen Fall aber kommen bei der Sache politische Momente in Frage.

Die Posener Lustmorde vor dem Schwurgericht.

Der Prozeß gegen den vierfachen Lustmörder Valentin Koziol neigt nunmehr langsam seinem Ende zu. Der einzige unter den zahlreichen Prozeßbeteiligten, dem man die lange nervenanspannende Dauer der Verhandlung nicht anmerkt, ist der Angeklagte Valentin Koziol selbst. Wie am ersten Tage der Verhandlung sitzt er gleichmütig und ruhig da, als ob ihn die ganze Sache, die ihm den Kopf kosten soll, nichts anginge. Nur wenn ab und zu die Beweisaufnahme eine ihn belastende Wendung zu nehmen droht, blitzt sein Auge, das einen merkwürdig flackernden, hin- und herschießenden Blick hat und das von vielen Zeugen als Schlangenauge bezeichnet und zur Identifizierung des Angeklagten mit Vorliebe benutzt wird, auf. Langsam erhebt sich dann der alte Zuchthäusler und sprudelt seine Gegenbehauptungen heraus. Obwohl von Geburt und Erziehung Stockpole und obwohl er nur eine polnische Dorfschule besucht hat, beherrscht er die deutsche Sprache vollkommen. Mit einem ungeheuren Wortschwall setzt er da ein, wo die belastende Aussage des Zeugen anfängt, um allerlei ganz Nebensächliches in breitester Ausführlichkeit vorzutragen und hierdurch die Aufmerksamkeit abzuziehen. Dann macht er ein paar Witze über den Zeugen, oder auch über sich selbst und setzt sich mit einer Miene wieder, als wollte er sagen: Na, nun ist die Sache doch ganz anders. Rechts und links von ihm schmunzeln die beiden Marsjünger, die zu seiner Bewachung da sind, wenn Koziol unter Ausschluß der Oeffentlichkeit sich über sexuelle Fragen, wie sie sich ihm unter seinem Gesichtswinkel darstellen, ausläßt. Er ist natürlich ein ganz harmloser Mensch, der vom Teufel der Erotik besessen ist und wenn er dann ordentlich einen „genehmigt" hat, nicht weiß, was er tut. . Sagt eine Zeugin ihm irgend eine Schandtat auf den Kopf zu, so sieht er sie starr an, zuckt die Achseln und seufzt: Ja, ja, es mag schon so gewesen sein, ich weiß aber von nichts. Koziol hat mit dem Hauptmann von Köpenick nicht nur das starkknochige, hagere und eingefallene Gesicht, den trübselig herabhängenden grauen Schnurrbart und die wässerigen Augen gemeinsam, die frappante Aehnlichkeit Koziols mit Wilhelm Voigt schwebt dem Zuschauer auch dann vor, wenn der Angeklagte seine philosophischen Sentenzen über die Behandlung im Zuchthause, über das Leben auf der Walze usw. zum Besten gibt. Eigenartig berührt der Umstand, daß auch bei Koziol wie beim Hauptmann von Köpenick das System der Polizeiaufsicht vollständig versagt hat. 15 Jahre hatte Koziol „abgemacht" und zwar wegen einer Reihe Sittlichkeitsverbrechen, die die perverse Veranlagung dieser menschlichen Bestie zur Evidenz erwiesen hatten. In einem Falle hing das Leben einer von ihm überfallenen Frau überhaupt nur noch an einem Seidenfaden. Allein nach seiner Freilassung hat keiner den weiteren Lebensweg Koziols verfolgt, obzwar auch ein Laie voraussagen konnte, daß dieser Mensch nur auf die Gelegenheit wartete, seinen abscheulichen Trieben weiter nachzugehen. Die Daten der Verbrechen, die er nach seiner Freilassung beging, zeigen ganz klar, daß er wie ein sadistischer Amokläufer gehaust hat. Und dieser Geselle, der ins Arbeitshaus gehört hätte, wird zum Wächter einer Obstbaumchaussee bestellt, obwohl er dort jedes vorübergehende weibliche Wesen attackierte. Was Wunder, wenn ein Polizeisergeant, der Koziol damals durch sein Erscheinen erschreckte, ihn rasch mit den Worten beruhigte: So wie Sie sieht ein Lustmörder nicht aus! Denn Koziol trug eine Beamtenmütze.

Der Gerichtsvorsitzende hat zwar den „Scharfblick" dieses Polizeibeamten als nicht weit her bezeichnet, immerhin darf man dem Beamten zugeben, daß auch Koziol das Signum eines sozusagen gewerbsmäßigen Lustmörders nicht aufgedrückt ist. Sind sich doch selbst die Psychiater über ihn und seinen Geisteszustand nicht recht im Klaren. Es geht da dem Koziol wie seinem ebenbürtigen Kollegen, dem Rügener Kinder- und Mädchenmörder Teßnow, der merkwürdigerweise auch ein Tischlergeselle war und in der Ausübung seiner Verbrechen genau dasselbe Schema wie Koziol befolgte. Die Art der Ausführung der Verbrechen ist ja unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erörtert worden, immerhin aber läßt sich hervorheben, daß es dieser Art von Lustmördern ganz gleich zu sein scheint, wer ihnen in den Weg läuft, wenn gerade ihre viehischen Triebe sich regen. Beide haben Kinder unter 14 Jahren und Frauen über 60 Jahre, Knaben und Jünglinge verschändet und nur die beiden eigentümliche große Feigheit, wird sie wohl verhindert haben, schließlich auch gegen erwachsene Männer vorzugehen.

Das Charakteristische bei beiden Verbrechern ist nun, daß sie auch ihre willigsten Opfer nicht nur schändeten, sondern sie in sadistischem Drange in furchtbarster Weise verletzten und verstümmelten. Beide benutzten dazu ihre Tischlerfeilen oder feststehende Messer. Sie schnitten und stachen blind darauf los und erst das rinnende Blut scheint ihnen Befriedigung gebracht zu haben. Nach dem Bildungsgange beider Mordgesellen ist es nun aber vollkommen ausgeschlossen, daß die etwa zu ihren Greueltaten durch sadistische oder sonstige Lektüre gekommen sind. Es erscheint sogar zweifelsfrei nachgewiesen, daß sie nicht einmal Zeitungen gelesen haben, also nicht etwa einer von den Taten des andern oder denen eines Dritten gehört hat. Beide sind vielmehr geborene Verbrecher, die unbeeinflußt von der Außenwelt ihren sadistischen Neigungen fröhnten. Ist dies aber in so einwandsfreier Weise wie in diesen beiden Fällen festzustellen möglich, so taucht die Frage auf: Wie schützen wir uns am besten gegen diese unheimlichsten aller Mordgesellen? Beide hatten bereits 15jährige Zuchthausstrafen wegen konkreter Verbrechen hinter sich. Bei beiden hat die Polizeiaufsicht versagt und bei beiden hat die absolute Strafe absolut keinen bessernden Einfluß im Gefolge gehabt. Der Koziols und Teßnows gibt es aber noch eine ganze Menge und durch ihre Fortpflanzung kann ihre Zahl ins Ungeheuere wachsen, wenn die in den letzten Jahren gesteigerte Erkenntnis der Psychiater von der besonderen Veranlagung dieser Verbrecher nicht dazu führt, bestimmte Forderungen zu ihrer wirklichen und dauernden Unschädlichmachung aufzustellen. Noch scheut man sich hier, und da diese letzten Schritte zu tun, aber das französische Beispiel zeigt, wie auch in Deutschland vorgegangen werden könnte. Bekanntlich hat man in Frankreich in letzter Zeit die ergangenen Todesurteile wieder vollstreckt, um auf die zunehmende Mordlust abschreckend zu wirken. Gleichzeitig aber hat man auch in den medizinischen Kreisen der Akademie den Gedanken erwogen, das Apachentum durch die Unterbindung der Fortpflanzungsmöglichkeit wenigstens für die Zukunft unschädlich zu machen.

Auf unsere hier in Rede stehenden Verhältnisse übertragen, heißt das:

Man operiere unsere sadistisch veranlagten Sittlichkeitsverbrecher meinetwegen so schmerzlos wie nur möglich, wenn gegen sie die höchst zulässige Zuchthausstrafe ausgesprochen werden mußte. — Das man damit nur dem Allerschlimmsten vorbeugt, ist freilich klar, immerhin wären in den Fällen Koziol und Teßnow unter solchen Umständen über ein halbes Dutzend unschuldiger Menschenleben gerettet worden, und was tun wir heute nicht, um einen einzigen Verbrecher zu retten'

Paul Schweder.

Deutschland.

— **(Der Kaiser und die Reichsfinanzverwaltung.)** In der Rechnungskommission des Reichstages ist zur Sprache gekommen, daß der Kaiser bei der Rechnungsübersicht des Etats für 1905 Entlastung erteilt habe. Es entspann sich hierüber eine sehr lebhafte Debatte. Ein Teil der Mitglieder vertrat den Standpunkt, daß die Erteilung der Entlastung lediglich dem Bundesrat und dem Reichstag, als den Organen der deutschen Reichsgesetzgebung zustehe. Von den Regierungsvertretern wurde darauf hingewiesen, daß die Erteilung der Entlastung auch schon früher durch den Kaiser erfolgt sei, wie es in Preußen nach der Oberrechnungskammerverordnung durch den König geschehe. Dagegen wurde eingewendet, daß jene preußischen Vorschriften für das Reich keine Geltung beanspruchen könnten. Die Frage soll in einer besonderen Sitzung der Kommission ausführlich erörtert und entschieden werden.

— **(Der Schwarze Adler.)** Dienstag mittag wurde im Königlichen Schlosse das Fest des Ordens vom Schwarzen Adler gefeiert, indem der Kaiser, als Souverän und Oberhaupt des Ordens, mit den anwesenden kapitelfähigen Rittern einen Aufnahmeakt vornahm und ein Kapitel abhielt.

— **Der Seniorenkonvent des Reichstages** versuchte Dienstag über die Kontingentierung der Verhandlungen des Etats des Reichsamts des Innern eine Verständigung zu erzielen. Er wird dieserhalb noch einmal zusammentreten. Die neuerdings aufgetretene Streitfrage über die Handhabung der Rednerliste bei der Besprechung von Interpellationen war ebenfalls Gegenstand der Verhandlungen. Es wurde eine Verständigung dahin erzielt, daß jedenfalls die interpellierende Partei noch einmal zu Worte kommen solle.

— **Die Budgetkommission des Reichstags** setzte Dienstag die Beratung der Nachtragsforderungen für Südwestafrika fort (Umbau der Bahnstrecke Karibib—Windhuk, Nordsüdbahn, Uebernahme der Otavibahn usw.). Staatssekretär Dernburg machte ausführliche Angaben über die Bahnvorlagen, insbesondere über den Ankauf der Otavibahn, den er als für das Reich vorteilhaft empfiehlt. Das Geschäft sei für das Reich sehr günstig, das Reich bekomme eine brauchbare und gute Bahn, schaffe ein Tarifmonopol aus der Welt, das gefährlich sei, und erhalte einen Ueberschuß, der den weiteren Ausbau des Bahnnetzes ermögliche, welcher im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung wie der Sicherheit des Landes gleich notwendig sei. Bezüglich des Ovambolandes stehe die Verwaltung auf dem Standpunkt, daß zunächst unsere Grenze gegen das portugiesische Gebiet festgestellt werden müsse. Hinsichtlich künftiger Bahnbauten bemerke er, daß, solange nicht weitere Einnahmen erschlossen würden, keine weitere Bahnen gebaut werden sollten, als sich aus dem vorliegenden Bahnprogramm ergebe. Die Landesvertretung soll über die Trace der Nordsüdbahn gehört werden. Der Staatssekretär machte ferner vertrauliche Mitteilungen über die Verhandlungen mit der Otavigesellschaft. — Die Weiterverhandlung wurde auf Mittwoch vertagt.

— **(Admiral v. Koester über die Abrüstung.)** In einer von der Ortsgruppe Kiel des Deutschen Flottenvereins veranstalteten Versammlung äußerte sich der Vorsitzende des Gesamtvereins, Großadmiral v. Koester, über die Abrüstungsfrage. Er hielt eine internationale Verständigung über das Abrüsten für ausgeschlossen und wies darauf hin, daß bisher noch kein praktischer Vorschlag auf diesem Gebiete gemacht worden sei. Der Redner ging zum Schluß auf den Vorwurf ein, daß in der Leitung des Flottenvereins Heißsporne ständen. „Seitdem ich an der Spitze stehe," sagte Herr v. Koester, „sind diese Heißsporne verstummt. Im Flottenverein sind wir uns darüber einig, daß wir gar nicht daran denken, eine Flotte von der Größe der englischen zu bauen, sondern nur eine solche, welche die Kraft besitzt, unsere Interessen zu schützen und zu fördern." Deshalb habe sich der Flottenverein das Flottengesetz zum Programm genommen.

— **(Ein Protest des Vizeadmirals a. D. v. Galster.)** Vizeadmiral a. D. Galster protestiert in einem Artikel des „Berl. Tageblattes" gegen Beschuldigungen, die ein Herr Erdmann in einer Broschüre gegen das deutsche Seeoffizierkorps erhoben hat, indem er ihm nachsagt, daß er aus Interesse am Avancement für eine Vermehrung der Schlachtflotte sei. Am Schluß der sehr deutlichen Abwehr erklärt Galster, daß ihm das „jetzige" Vorgehen der Marineverwaltung in bezug auf die Entwickelung der Unterseebootswaffe nach allem, was er darüber gehört habe, mit großer Befriedigung erfülle.

— **Der Gouverneur** von Deutsch-Ostafrika, Freiherr v. Rechenberg, ist in Berlin eingetroffen und hatte bereits Konferenzen im Reichskolonialamt.

— **Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg."** veröffentlicht einen Auszug aus dem angekündigten, dem Reichstage zugegangenen Weißbuch über die marokkanischen Minenfragen.

— **(Selbsthergestellte Zündhölzer steuerpflichtig?)** Auf Grund der vom Bundesrat in § 1 Abs. 3 der Zündwarensteuer-Ausführungsbestimmungen erteilten Ermächtigung hat der Reichskanzler die zu einem Apparat für Selbstfabrikation von Zündhölzern gehörigen Hölzer für steuerpflichtig erklärt. Es handelt sich um einen von einem chemischen Laboratorium in Karlsruhe in den Handel gebrachten Apparat, zu dem außer einigen Blechteilen zum Einstecken und Tunken der Hölzer und einer Schachtel mit Zündmasse Hölzer in größerer Zahl gehören, die sich in mit Reibflächen versehenen Schachteln befinden. Durch starke Paraffinierung sind die Hölzer derart vorgerichtet, daß sie durch Eintunken in eine Zündmasse ohne Berührung mit Feuer zur Entflammung gebracht werden können. Dadurch ist der in § 1 Abs. 3 der Zündwarensteuer-Ausführungsbestimmungen enthaltene Tatbestand gegeben. — Der Hinweis auf die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats genügt aber nicht. Es kommt darauf an, ob das Gesetz auch solche Zündhölzer für steuerpflichtig betrachtet; davon vermögen wir aber nichts zu entdecken. Das Gesetz kennt durchweg nur fabrikmäßig hergestellte Streichhölzer und besteuert demgemäß lediglich die in Schachteln oder in Paketen befindlichen Zündwaren.

— **(Aenderung des preußischen Gerichtskostengesetzes.)** Am 1. April d. Js. treten neue Bestimmungen des deutschen Gerichtskostengesetzes in Kraft, die u. a. die Pauschalierung der Schreibgebühren und Portoauslagen einführen. Um nun eine einheitliche Handhabung des Kostenwesens zu ermöglichen, soll auch das preußische Gerichtskostengesetz umgewandelt werden. Eine Novelle zu diesem ist daher soeben dem Landtage zugegangen. Hauptsächlich aber verfolgt sie finanzielle Zwecke. Die Gebühren sollen nicht, wie es jetzt der Fall ist, hinter den Ausgaben erheblich zurückbleiben. Nach der Begründung der Novelle erfordert die Justizverwaltung einen Gesamtzuschuß von rund 80 Millionen Mark. Die Gebührensätze sollen in der Hauptsache um 10 Prozent erhöht werden. Außerdem wird die Gelegenheit benutzt, um Einzelfragen, wie z. B. das Niederschlagen von Gerichtskosten, neu zu regeln.

— **(Zur „Anhalt"-Affäre.)** Die Verhandlungen in der „Anhalt"-Affäre ruhen augenblicklich. Wie von beteiligter Seite mitgeteilt wird, können bis zum Ablauf der Frist (Ende dieses Monats) weder von den Gerichten noch von den Parteien Schritte unternommen werden. Justizrat Michaelis, Vertreter des Herrn v. Hellfeld, ist damit beschäftigt, den Schriftsatz für die Kompetenz des Gerichtshofs auszuarbeiten. Der Bevollmächtigte der russischen Regierung, v. Symanski, der auch mit den Parteien wegen eines Vergleichs verhandelt hat, ist von seiner Regierung zurückberufen worden und nach Petersburg abgereist.

— **(Das Verfahren gegen Bruhn.)** Die Voruntersuchung gegen Bruhn, Reichstagsabgeordneten und Herausgeber der „Wahrheit", nähert sich jetzt ihrem Ende. Wie das „B.-T." erfährt, wird es zur Anklage kommen, denn es sind bis jetzt 30 Fälle festgestellt worden, die angeblich Herrn Bruhn belasten sollen. Solange er allerdings dem Reichstag angehört, kann ohne Genehmigung des Reichstags das Verfahren gegen Wilhelm Bruhn nicht eröffnet werden. Die Privatbeleidigungsklagen, die der Verleger der „Wahrheit" gegen eine Reihe von Blättern angestrengt hat, sind bekanntlich bis zur Erledigung der gerichtlichen Voruntersuchung ausgesetzt worden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

— **(Herzogin Sophie von Hohenberg auf dem Hofball.)** Die morganatische Gemahlin des österreichischen Thronfolgers, die Herzogin Sophie von Hohenberg, wird heute (Mittwoch) zum erstenmale zum Hofball erscheinen. Man sieht diesem Erscheinen wegen der Rangordnung mit Interesse entgegen. Auch Kaiser Franz Joseph wird den Hofball besuchen.

— **(Das neue ungarische Kabinett.)** Die Neue Freie Presse meldet: Der Kaiser hat die ihm vom Grafen Khuen-Hedervary unterbreitete Ministerliste genehmigt. Das neue Kabinett wird sich noch in dieser Woche im Abgeordnetenhause vorstellen. Graf Khuen wird versuchen, vor demselben sein Programm zu entwickeln. Der Ministerpräsident ist auf Sturmszenen gefaßt, hofft aber, sich trotzdem Gehör verschaffen zu können. Sollten wider Erwarten die Sturmszenen so heftig werden, daß er sich im Abgeordnetenhause nicht Gehör zu verschaffen vermag, dann wird er sein Programm im Magnatenhause darlegen. Den Kernpunkt des Kabinetts Khuen bildet die Wahlreform. Der Graf steht auf dem Standpunkt des allgemeinen Wahlrechts ohne Einschränkung durch einen Zensus oder durch ein Pluralwahlrecht.

Belgien.

— **(Interpellation über die kirchliche Ehe des Königs Leopold.)** Blättermeldungen zufolge wird beabsichtigt, die Regierung über die kirchliche Ehe des verstorbenen Königs Leopold zu interpellieren. Der Interpellant wird von der Regierung Aufklärung verlangen über die Tatsache, daß die Ehe am 13. September abgeschlossen und daß während dieser Zeit bis zum Tode des Königs am 17. Dezember die kirchliche Ehe nicht durch die Zivilehe realisiert worden ist, wie dies im Gesetze vorgeschrieben ist.

Russland.

— **Zu den russisch-deutschen Beziehungen** führt Fürst Meschtschersli in seinem Blatte aus: Zwei Kräfte gefährden die guten nachbarlichen Beziehungen, deren Rußland so sehr bedürftig sei, und zwar Iswolski, den Gott wohl aus Barmherzigkeit endlich aus seinem Posten vertreiben werde, und die „Nowoie Wremja". Meschtschersli fordert deren Herausgeber, Suwerin, auf, seinen ehrlichen Namen zu retten, indem er aus Vaterlandsliebe alle Knechte Englands und Vertreter der jüdisch-freimaurerischen Liga aus der Redaktion hinauswerfe, die schandbarerweise Haß gegen Deutschland hervorrufen.

Türkei.

— **(Die Pforte gegen die Deutsche Reichsbank.)** Schon seit langem haben es die neuen Machthaber am Goldenen Horn auf das Millionendepot des entthronten Sultans Abdul Hamid abgesehen, das wohlverwahrt in den Tresors der Reichsbank in Berlin ruht. Alle Versuche, die Bank zum Herausgeben des Geldschatzes zu bewegen, sind bisher fehlgeschlagen. Jetzt hat die türkische Regierung, wie uns mitgeteilt wird, eine gerichtliche Klage gegen die Deutsche Reichsbank eingeleitet, um in den Besitz des Geldes zu gelangen. Die Klageschrift ist der Reichsbank bereits zugestellt worden.

China.

— **(Japanische und chinesische Rüstungen.)** Neuerdings laufen Meldungen über den Fortgang der Rüstungen Japans und Chinas ein. Die chinesische Regierung soll beschlossen haben, außer in der Mandschurei auch in der Mongolei die Truppenbestände auf Kriegsstärke zu bringen und insbesondere die Grenztruppen zu verdoppeln.

— **(Die mandschurische Eisenbahn wird nicht neutralisiert.)** Von offizieller Seite wird berichtet: Rußland hat das amerikanische Projekt der Neutralisierung der mandschurischen Eisenbahn definitiv verworfen. Auf Grund eines Gutachtens eines Konsortiums hoher Eisenbahnangestellter und großer Finanziers hat der Zar selbst verschiedenen Diplomaten gegenüber erklärt, daß der amerikanische Vorschlag in dieser Fassung für Rußland absolut unakzeptierbar und das gesamte Projekt für Rußland nicht annehmbar sei.

Kolonien.

— **(Der Caprivi-Zipfel.)** Das Deutsche Kolonialblatt veröffentlicht den ausführlichen amtlichen Bericht über die Expedition des Hauptmanns Streitwolf nach dem Caprivi-Zipfel im nördlichen Deutsch-Südwestafrika. Hauptmann Streitwolf hat, wie der Bericht zeigt, seine friedliche Mission mit Erfolg durchgeführt und das Vertrauen der einheimischen Häuptlinge erworben. Die eingeborene Bevölkerung des von Hauptmann Streitwolf bisher bereisten Landes beträgt ungefähr 5000 Köpfe. Hauptmann Streitwolf glaubt, daß die bewässerten Gebiete des Caprivi-Zipfels für den Reisbau geeignet sein dürften. In den Trockengebieten dagegen hält er den Baumwollanbau für aussichtsreich und lohnend. Er hat auch schon mit entsprechenden Versuchen begonnen. Das Land besitzt, obwohl seinem Wildbestand — teilweise durch englische Jagdexpeditionen — bereits arg zugesetzt wurde, an wertvollem großem Wild, wie Elefanten, Giraffen, Flußpferden, immer noch einen großen Reichtum, der bei verständiger und schonender Ausnutzung eine dauernde beträchtliche Einkunftsstelle bilden dürfte.

— **(Kolonialgreuel an der Elfenbeinküste.)** Eine Erhebung der Eingeborenen macht an der Elfenbeinküste eine Strafexpedition ins Innere notwendig. Die Ursache der Erhebung soll das Willkürregiment des in Sassandra residierenden Verwalters Joulia sein, der von weißen Kaufleuten in einer an das Kolonialministerium gerichteten Beschwerdeschrift des Raubes mit bewaffneter Hand und des Verkaufs von Kriegsgefangenen bezichtigt wird. Unter den zahlreichen Anklagen gegen ihn befindet sich auch die Anschuldigung, er habe zwei eingeborene Weiber gewaltsam aus ihrem Dorfe entführt und später, um sich ihrer wieder zu entledigen, sie des Umgangs mit eingeborenen Boys beschuldigt. Darauf habe er beide von Soldaten auspeitschen und die eine Frau töten lassen. Ebenso sei ein eingeborener Boy tagelang gefoltert worden, bis er alles das sagte, was Joulia hören wollte. Der Häuptling Mony drohte hierauf Joulia mit einem Aufstande, worauf dieser ihm die Frau für 375 Francs verkaufte. Die Beschwerdeschrift enthält noch eine ganze Reihe weiterer schwerer Anklagen gegen den Verwalter.

Aus aller Welt.

— **Der 23jährige Kaufmann** Konrad Kurt Meyer, Sohn des Berliner Professors der Kunstgeschichte Otto Meyer, hat sich in Mannheim in einer Droschke, die er zu einer Spazierfahrt gemietet hatte, einen Revolverschuß in die linke Brustseite beigebracht, der Herz und Lunge verletzte. Meyer ist stellungslos und hatte seine Geliebte, eine Bardame besucht, die aber von ihm nichts mehr wissen wollte. Aus diesem Grunde, und da er infolge seiner Stellungslosigkeit Hunger und Entbehrungen litt, hat er, wie er selbst angab, die Tat verübt. Meyer war in Frankfurt auch einem Schwindler in die Hände gefallen, der ihm eine Stellung als Zimmerkellner zu verschaffen versprochen hatte, sein Versprechen aber nicht hielt. Meyer schwebt noch in Lebensgefahr.

— **Ueber eine rätselhafte Schießaffäre** berichtet der Draht aus Braunschweig. Als Sonntag nachmittag zwei Soldaten des Hannoverschen Jägerbataillons Nr. 10 aus Goslar den Schloßhof in Braunschweig passieren, fiel, wie eine Braunschweiger Zeitung berichtet, aus einem der hinteren Gebäude der Friesenstraße ein Schuß, der dem Soldaten Weimann in die Schläfe der linken Kopfseite drang. Der Jäger begab sich zunächst nach der Schloßwache und machte von dem Vorfall Meldung, worauf die Polizei benachrichtigt wurde. Die Kugel, die unter der Kopfhaut stecken geblieben ist, wurde auf operativem Wege entfernt. Die Verletzung des Soldaten ist nicht schwer. Es ist der Polizei noch nicht gelungen, den Täter zu ermitteln.

— **Eine Tragödie im Cafe.** In einem Cafe der Ortschaft Monteau bei Calons zur Saone spielte sich eine blutige Tragödie ab. Der 19jährige Bachet, Sohn eines Weinhändlers, gab auf die Tochter der Besitzerin, die 15jährige Baudin, einen Revolverschuß ab, der sie aber nur leicht an der Wange streifte. Darauf richtete der junge Mensch die Waffe gegen sich selbst und tötete sich vor den Augen der Gäste.